



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas



H. Stappmanns (VDS-Vorstand):  
Sieben Tage in der

**REPUBLIK  
GUINEA –  
BISSAU**

April Nr. 4/1974

#### **GUINEA-BISSAU**

Bericht des ersten westdeutschen Besuchers,  
Harald Stappmanns

#### **CHILE**

Dokumente der Internationalen Kommission zur  
Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta  
(Helsinki)

#### **BRASILIEN**

Carlos Prestes: Faschismus – Bedrohung Latein-  
amerikas (2. Teil)

#### **OMAN / ARABISCHER GOLF**

Dokument der Befreiungsfront PFLOAG

#### **AAPSO**

11. Ratstagung in Bagdad

**DM 1,50**

## Inhaltsverzeichnis:

### AIB-Aktuell

Vietnam-Weltkonferenz S. 3

### Guinea-Bissau

Harald Stappmanns  
Aufbau der Republik Guinea-Bissau –  
Bericht des ersten westdeutschen  
Besuchers S. 4 – 9

### ASK-Erklärung

Für die Anerkennung der Republik  
Guinea-Bissau S. 9

### Chile

Internationale Kommission zur Unter-  
suchung der Verbrechen der Militär-  
junta in Chile  
Abschlußerklärung S. 10 – 12  
Beweismaterial zur US-Beteiligung S. 12

### Brasilien

Luis Carlos Prestes  
Errichtung des Faschismus und  
Bedrohung des Kontinents (2. Teil) S. 13 – 18

### Oman / Arabischer Golf

Wolfram Brönner  
Ausgangsbedingungen und Stand des  
Befreiungskampfes in Oman und der  
Provinz Dhofar S. 19 – 20

### PFLOAG

Rede auf dem Weltkongreß der  
Friedenskräfte S. 21 – 23

### AAPSO

Peter Dietzel  
XI. Ratstagung der AAPSO in  
Bagdad S. 24 – 25

Abschlußerklärung S. 25 – 26

### Kurzinformation

Äthiopien / Liberia – Guinea-Bissau /  
USA – Vietnam / Kambodscha S. 27 – 28

## IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin  
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,  
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,  
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer,  
Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling,  
Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel,  
Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Brönner (presserechtlich  
verantwortlich), Wolfram Brönner, Jutta von Frey-  
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,  
Liebigstr. 46, Tel. 064 21 / 2 46 72.  
Postscheckkonto 312093-607 Psc:A Frankfurt/M.,  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung  
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern be-  
teiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:  
D. Fendt, B. Hebel-Kunze, W. Herrmann, O. Jäckel,  
J. Ostrowsky, H. Peters, G. Ritter, W. Ritter, G. und  
W. J. Scheer, B. Schwiening.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 17. 4. 1974

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen und Beilagen:

- Zeitschrift Argument
- Broschüre des Antiimperialistischen Solidaritäts-  
komitees: „Gegen Rassismus und Kolonialismus  
im Südlichen Afrika“
- Spendenaufruf der Initiative Internationale Viet-  
nam-Solidarität
- Aufruf „Anerkennung für Guinea-Bissau“

## Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren  
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,  
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.  
Postscheckkonto 312093-607 Psc:A Frankfurt/M.  
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,  
46 Dortmund, Brüderweg 16.

# AIB-Aktuell: Vietnam-Weltkonferenz

14 Monate nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens trafen sich vom 29. - 31. März dieses Jahres 325 Repräsentanten der weltweiten Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk aus 52 Ländern und von 23 internationalen Organisationen im schwedischen Parlament zu einer Weltkonferenz über die Durchführung und Einhaltung dieses Abkommens.

Die Sprecher der Delegationen der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), Außenhandelsminister Phan Anh und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR), Gesundheitsminister Frau Duong Quynh Hoa, die Vertreter der Dritten Kraft aus Südvietnam sowie die zahlreichen Augenzeugen, Völkerrechtler und Experten kamen zu einem eindeutigen Ergebnis:

Die USA, die das Saigoner Regime als Instrument zur Sabotage des Pariser Vietnam-Abkommens benutzen, sind für die schweren Verstöße gegen das Abkommen voll verantwortlich. Es muß Sache aller Kräfte sein, die das Zustandekommen des Pariser Abkommens erkämpften oder begrüßten, jetzt dafür einzutreten, daß die US-Regierung und die Saigoner Verwaltung zur Durchführung des Vietnam-Abkommens gezwungen werden. Dazu ist der Druck der öffentlichen Meinung auf Regierungen, Parlamente und internationale Organisationen unbedingt notwendig.

Die Konferenzteilnehmer faßten in einer einstimmig angenommenen Resolution ihre wesentlichsten Forderungen in drei Thesen zusammen, die auch für die Solidaritätsbewegung in der BRD von großer Wichtigkeit sein werden:

"1. Die USA müssen ihr militärisches Engagement und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams beenden, die illegalen Lieferungen von Waffen und Kriegsmaterial einstellen und ihre Berater sowie ihr als Zivilisten getarntes Militärpersonal abziehen. Die USA müssen aufhören, die Saigoner Verwal-

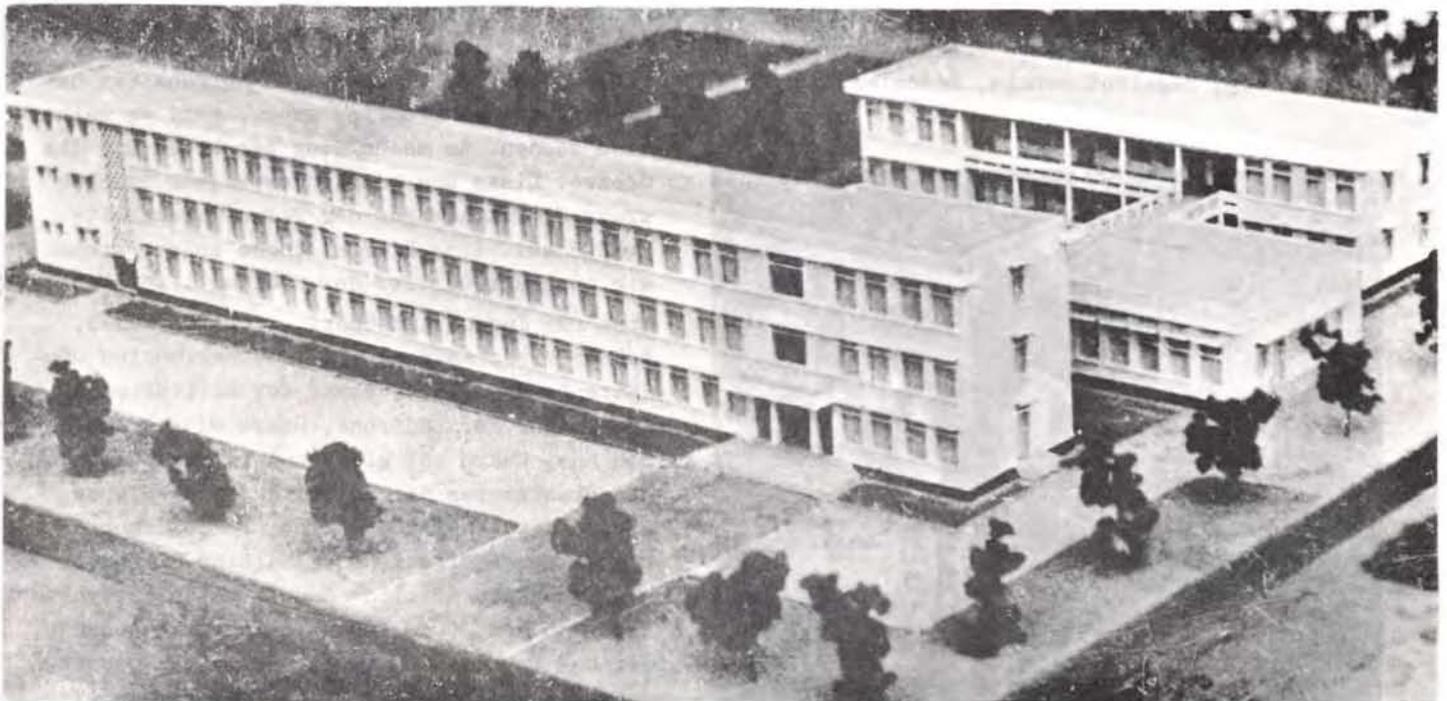
tung als Instrument der Sabotage bei der Durchsetzung des Pariser Abkommens zu benutzen.

2. Die USA müssen aufhören, die Souveränität und Integrität der DRV zu verletzen, sie müssen ihrer Verantwortung und Verpflichtung nachkommen, die Kriegswunden zu heilen und zum Wiederaufbau der DRV beizutragen.

3. Die Saigoner Verwaltung hat unverzüglich drei vordringliche Punkte zu erfüllen: Vollständiger Waffenstillstand, Entlassung aller eingekerkerten Zivil- und Militärpersonen, Garantie der demokratischen Freiheiten für das Volk, um die inneren Angelegenheiten Südvietnams entsprechend den Festlegungen des Pariser Abkommens zu regeln."

Darüber hinaus sagte die Konferenz dem 6-Punkte-Plan der PRR vom 22. März 1974, als einem realistischen und vernünftigen Vorschlag zur Herstellung eines dauerhaften Friedens in Südvietnam, ihre volle Unterstützung zu. Alle Regierungen, die den Schritt noch nicht getan haben, wurden von der Weltkonferenz aufgefordert, sofort diplomatische Beziehungen mit der DRV und der PRR aufzunehmen. Keine Regierung oder Institution solle der Thieu-Diktatur irgendeine Hilfe gewähren. Mit besonderem Nachdruck verwies die Konferenz auf die Notwendigkeit, international den Wiederaufbau in der DRV und in den Gebieten der PRR zu unterstützen.

Mit diesen Forderungen ist für die weltweite Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk ein guter Ansatz gegeben, um in den jeweiligen Ländern neue Initiativen zu entsprechenden Aktionen zu ergreifen. Die "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" und die mit ihr zusammenarbeitenden Organisationen und Komitees werden dafür sorgen, daß auch demnächst in der BRD die Ergebnisse von Stockholm auf vielfältige Weise in Aktionen umgesetzt werden.



Projekt der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität:  
Wiederaufbau der Schule in Nam Ha (DRV).

Spenden an die Hilfsaktion Vietnam, PSchA Essen, PSchKto 90040 - 430,  
Kennwort: SCHULE

# Guinea-Bissau

Vom 10. - 17. Februar 1974 hielt sich eine offizielle Delegation des Internationalen Studentenbundes (ISB) auf Einladung der "Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln" (PAIGC) in der Republik Guinea Bissau auf. Der Delegation gehörten an: Fathi El Fadl, Sudan (Generalsekretär des ISB), Cherif Touré, Guinea Bissau (Vizepräsident des ISB), Juri Sajamow, UdSSR (Vizepräsident des ISB), Raffael Gourège, Kuba (Sekretär des ISB) und der Autor dieses Berichtes, Harald Stappmanns, BRD, (Vorstandsmitglied des VDS). Harald Stappmanns besuchte als erster Bürger der BRD Guinea Bissau, nachdem es zur unabhängigen Republik erklärt worden ist.

Die ISB-Delegation bereiste die südlichen Regionen des Landes, sie erlebte Bombenangriffe der portugiesischen Kolonialisten mit Fiat-G-91 Kampfflugzeugen, also Maschinen des Typs, die die BRD an Portugal lieferte. Der Autor besichtigte auch das Wrack eines von den Befreiungskräften abgeschossenen Do-27-Flugzeuges aus der BRD. Auf genaue Ortsangaben wird in den folgenden Ausführungen verzichtet, um Repressalien, vor allem Bomben- und Napalmangriffe seitens der portugiesischen Kolonialarmee gegen die örtliche Bevölkerung auszuschließen.

**Harald Stappmanns**

## Aufbau der Republik Guinea-Bissau - Bericht des ersten westdeutschen Besuchers

Unsere Delegation sitzt im Büro der PAIGC in Conakry. Vasco Cabral, der Bruder des ermordeten Amilcar Cabral, Mitglied des Politbüros der PAIGC und Verantwortlicher für internationale Beziehungen, informiert uns über die aktuelle Lage in der seit dem 24. September 1973 unabhängigen Republik Guinea-Bissau. "Aber", sagt er zum Schluß des Gespräches, "seht Euch selbst um in unserer Republik und sprecht mit den Einwohnern, fotografiert, was ihr wollt."

Am nächsten Tag holen wir uns auf der Kleiderkammer unsere Ausrüstung ab: Tarn- und Khaki-Anzug, Segeltuchschuhe, Sandalen, für

jeden zwei Feldflaschen. Mittags brechen wir auf. Zusammen mit Soldaten der Befreiungsarmee fahren wir nach Norden, nach Bocé. Die Strecke führt über staubige Schotterstraßen durch den Dschungel. Im Führerhaus unseres LKW ist es unerträglich heiß. Umso dankbarer sind wir, daß die Einwohner in den Dörfern, durch die wir fahren, unserer Kolonne nicht nur begeistert zuwinken, sondern uns auch mit frischen Apfelsinen und Wasser versorgen.

Nach der Übernachtung in Bocé, wo wir auf bulgarische Journalisten treffen, die sich vier Wochen in Guinea-Bissau aufgehalten haben und uns einige Tips geben, geht es weiter nach Norden. Am Nachmittag passieren wir die Grenze. Links und rechts des Wagens tauchen erste Flakstellungen der Befreiungskräfte auf. Eine Viertelstunde später stehen wir im Hauptquartier der Südfront. Der Minister für Jugend und Sport, Adelhino Nunes, früher Vizepräsident des Internationalen Studentenbundes (ISB), sowie der militärische Kommandeur der Südfront, Umaro Djalo, empfangen uns. Umaro ist gleichzeitig Vizepräsident des Staatsrates der Republik Guinea-Bissau. Ebenso sind anwesend Julino, Politischer Kommissar der Südfront, sowie Albino, Direktor des Internats Areolino Cruz. Dieses Internat ist nach dem Studenten Aerolino Cruz benannt, der das Schulsystem in den befreiten Gebieten maßgeblich mit aufgebaut hat und bei der Verteidigung einer Schule gegen einen portugiesischen Angriff gefallen ist.



Die Delegation des ISB überreicht dem Politischen Kommissar der Südfront, Julio Carvalho (3.v.r.) und dem Kommandeur der Südfront (1.v.r.) die Fahne des ISB.

### Aufbau eines Schulsystems

In allen größeren Dörfern sind unter der Leitung der PAIGC Schulen errichtet worden. Diese Schulen umfassen vier Klassen; Lehrfächer sind: Portugiesisch, Mathematik, Naturwissenschaften, bildende und darstellende Kunst. Manchen dieser Schulen sind Internate angeschlossen. Da zum Teil sehr lange Schulwege zu Fuß zurückgelegt werden müssen, soll die Zahl der Internate vermehrt werden.

In der Region **Q u a t a f i n i** bestehen z. B. 24 Schulen und Internate mit insgesamt 915 Schülern und 46 Lehrern. Diese Region hat etwa 5.000 Einwohner.

Religion ist kein Schulfach, religiöse Toleranz wird großgeschrieben. Christentum und Islam üben im religiösen Bereich den größten Einfluß aus.

Nach dem Abschluß der vierklassigen Schulen und Internate besteht die Möglichkeit, ein weiterführendes Internat in Conakry (Republik Guinea) zu besuchen, welches auf ein Hochschulstudium vorbereitet. Der größte Teil der Schulabsolventen ergreift den Lehrberuf, arbeitet im Gesundheitswesen, in der Verwaltung oder im Handel.

### Zeichen der internationalen Solidarität

Das Hochschulstudium wird in den sozialistischen Ländern absolviert, die den Bedürfnissen der Republik Guinea-Bissau entsprechend Studienplätze und Stipendien bereitstellen. Inzwischen haben über 500 Studenten ein Studium erfolgreich abgeschlossen und arbeiten als Ingenieure oder als politische und militärische Führer am Aufbau ihres Landes mit.

Wir sahen, daß in den Schulen einzelner Orte Schulhefte, Bleistifte und Kugelschreiber benutzt werden, die aus Solidaritätsaktionen in der BRD stammten, es fanden Lesebücher Verwendung, die aus Schweden geliefert wurden. Auch in der kleinsten Schule stießen wir auf Zeichen der internationalen Solidarität. Ein 15-jähriger Schüler im Internat Areolino Cruz sagte uns:

"Jetzt können alle zur Schule gehen. Das haben die Kolonialisten fünf Jahrhunderte lang verhindert. Wir grüßen die Schüler und Studenten in der ganzen Welt."

Abends findet ein Fußballspiel auf dem Dorfplatz statt. Fathi El Fadl spielt mit und schießt das erste Tor. Die Zuschauer verfolgen das Spiel mit Begeisterung; Fußball ist Nationalsport.

Am nächsten Tag fahren wir morgens zur Schneiderei im benachbarten Dorf. Einer der



Schüler des Internats "Areolino Cruz"

Schneider berichtet:

"Die Portugiesen haben jahrhundertlang nichts für uns getan, aber sie morden und foltern. Wir haben in den letzten sieben Jahren unseres Kampfes für die Unabhängigkeit und für den Aufbau unseres Landes mehr gelernt, als in den letzten fünf Jahrhunderten."

Durch seine Arbeit als Schneider will er einen praktischen Beitrag zum Befreiungskampf seines Landes leisten.

Als wir ihn fragen, wie er die internationale Solidarität einschätzt, meint er:

"Die Welt ist wie eine Familie, es gibt gute und weniger gute. Wir sind dankbar für jede Hilfe, vor allem für die selbstlose Hilfe der Sowjetunion."

Er bedauert, nicht mehr zu den Jungen zu gehören, die kämpfen können, aber er will sein bestes tun.

### Versorgung der Bevölkerung

Anschließend besuchen wir das Kaufhaus. Gerade verkauft ein Bauer aus der Umgebung von ihm angebaute Manjuca-Wurzeln an die Kaufhausverwaltung. Dafür wird ihm ein bestimmter, von der Regierung festgelegter Betrag gutgeschrieben, für den er dann Waren für den eigenen Bedarf einkaufen kann.

Die Befreiungsbewegung bzw. die Regierung der Republik Guinea-Bissau hat in den befreiten Gebieten eine Handelskette aufgebaut, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Jeder Sektor (= Kreis) hat ein eigenes Kaufhaus. Die Waren werden zu von der Regierung festgesetzten Preisen verkauft bzw. getauscht. Das Warenangebot ist sehr reichhaltig:

- Nahrungsmittel (Erzeugnisse der einheimischen Bauern; Kaffee aus Kuba, Obstkonserven und -säfte aus den sozialistischen Ländern, Importzucker und Milch ebenfalls aus

den sozialistischen Ländern)

- Tuche und Stoffe (jedes Kaufhaus hat eine Schneiderei, die mit Nähmaschinen aus der UdSSR ausgerüstet ist und die die gekauften Stoffe gleich nach Wunsch des Käufers verarbeitet); Schuhe.
- Technische Ausrüstung (Taschenlampen, Kofferradios, Zeltlampen, Petroleum, Spaten, Werkzeuge u. ä.)

Waren, die nicht vorrätig sind, können bestellt werden. Die Einwohner bringen eigene landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Reis, Butter, Milch, Tierfelle und -häute zu den Kaufhäusern und tauschen diese gegen andere Waren bzw. lassen sich entsprechende Beträge beim Kaufhaus gutschreiben. Vor allem Kofferradios sind sehr beliebt, damit der Sender der PAIGC gehört werden kann.

Auch die Befreiungstreitkräfte kaufen bei diesen Kaufhäusern ein und decken dort ihren Lebensmittelbedarf.

Jeder Sektor verfügt über zwei Handelsbrigaden, die jeweils aus mehreren Kaufhäusern bestehen. So hat z. B. der Sektor Balana 5 Kaufhäuser sowie zwei Reismühlen. In anderen Sektoren gibt es auch Webereien.

#### Stand der militärischen Kämpfe

Abends fahren wir mit einem LKW weiter. Links und rechts der Straße viele Bombentrichter von etwa 5 - 10 m Durchmesser. Zum Teil sind die Wälder von Bomben abgeholzt, die vor dem Aufschlag detonieren oder Napalm hat große Waldflächen in Brand gesetzt. Nach etwa 100 km und nachdem wir drei Kontrollposten der Befreiungsarmee passiert haben, kommt das Kommando: absitzen.

Nun heißt es marschieren. Mit Taschenlampen leuchten wir den Dschungelpfad aus, um uns nicht in Lianen oder Baumwurzeln zu verfangen. Nach zweistündigem Marsch gelangen wir in ein Dorf. Zum Schlafen werden uns Laubhütten zur Verfügung gestellt. Neben den Hütten befinden sich zick-zack-förmig angelegte ca. 1,80 m tiefe Splittergräben. Wir müssen in voller Kleidung schlafen, denn jederzeit muß man hier auf Fliegerangriffe vorbereitet sein.

Nachdem inzwischen 3/4 des Territoriums von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreit sind und unter Kontrolle der Organe der unabhängigen Republik Guinea-Bissau stehen, versucht die portugiesische Luftwaffe, durch fortwährende Bombenangriffe die Bevölkerung zu demoralisieren und die durch die PAIGC neu aufgebaute Infrastruktur zu zerstören.

Dabei spielt eine wichtige Rolle, daß die Kolonialarmee nicht in der Lage ist, den Befreiungstreitkräften militärisch etwas entgegenzusetzen. Die Stützpunkte der Portugiesen sind zum großen Teil von den Befreiungstreitkräften nach vorheriger Belagerung eingenommen worden (während unseres Aufenthaltes wurde der Stützpunkt C o p a im Norden des Landes eingenommen). Die restlichen noch be-



Mitglieder der Volksstreitkräfte mit sowjetischer Ausrüstung: Kalashnikov und 44mm-Granatwerfer.

stehenden Stützpunkte werden von den Streitkräften der PAIGC belagert und sind militärisch nicht zu halten. Die Stützpunkte müssen aus der Luft versorgt werden. Hubschrauber und tieffliegende Transportflugzeuge (bei Abwurf von Lastenfallschirmen) werden immer häufiger von der Luftabwehr der Befreiungstreitkräfte abgeschossen.

#### Vernichtungsstrategie der portugiesischen Luftwaffe

Das einzige, womit die Kolonialisten noch ihre Überlegenheit glauben dokumentieren zu können, ist die Luftwaffe. Die bevorzugten Ziele der Kolonialluftwaffe sind: Krankenhäuser, Schulen, Dörfer, Kaufhäuser, Reisfelder

kurz vor der Ernte, Viehherden, Straßen. Wenn die Portugiesen erfahren, daß sich in einem Dorf Einheiten der Befreiungsarmee aufgehalten haben, zerstören sie dieses Dorf völlig. In den Gebieten, wo die Befreiungsstreitkräfte bereits eigene Luftabwehr installiert haben, fliegen die Bomber nur in Höhen über 6.000 m.

Für die Düsenjagdbomber (Typ Fiat G 91 und F 86 "Sabre") haben die Portugiesen eine spezielle Angriffstaktik entwickelt: Diese Maschinen fliegen hinter regelmäßig verkehrenden Düsenverkehrsflugzeugen her, so daß sie akustisch vom Erdboden aus kaum wahrnehmbar sind, und werfen dann im Sturzflug ihre Bomben bzw. Raketen ab. Bei solchen Angriffen sind die Verluste unter der Zivilbevölkerung besonders hoch, weil sehr wenig Zeit bleibt, um die Splittergräben zu erreichen.

Eine andere Taktik ist die, über einem bestimmten Gebiet ständig Kreise zu fliegen, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich um ein Aufklärungsflugzeug, und dann plötzlich Bomben abzuwerfen. Häufig finden Bombenangriffe auch nachts statt; in diesem Fall kommen Flugzeuge vom Typ C 47 Douglas "Dakota" (militärische Version der DC-3) zum Einsatz.

Die Verwendung folgender Abwurfaffen ist in Guinea-Bissau festgestellt worden: Luft-Boden-Raketen, Sprengbomben (Bombenrichter mit 5 - 10 m Durchmesser), Splitterbomben, die vor dem Aufschlag detonieren, Napalmbehälter sowie Herbizide und sonstige C-Kampfmittel. Daran, welche Ziele die portugiesische Luftwaffe mit welchen Mitteln angreift, läßt sich ablesen, daß es den Kolonialisten vor allem darauf ankommt, die von der Befreiungsbewegung aufgebaute Infrastruktur zu zerstören sowie die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung unmöglich zu machen. Im Zusammenhang mit dieser verbrecherischen Kampfführung der "verbrannten Erde" spielt der Einsatz von Napalm und Herbiziden eine große Rolle. So wird vor allem versucht, mit Napalm Buschbrände oder Brände auf Reisfeldern zu entfachen.

#### **Folterungen und „Straffaktionen“**

Eine andere Art des Terrors gegen die Bevölkerung ist der Überfall von Dörfern aus der Luft. Hubschrauberereinheiten landen rund um ein Dorf, treiben die Einwohner zusammen, soweit diese nicht haben fliehen können (meist ältere Einwohner), und verhören sie. Nach Aussagen der Dorfbewohner ist es bei solchen Aktionen der portugiesischen Kolonialarmee die Regel, daß grausame Folterungen stattfinden,



Napalm Opfer in einem Hospital in den befreiten Gebieten.

um bei den Einwohnern Aussagen über Stützpunkte und Aktionen der Befreiungsarmee zu erpressen. Allerdings sind solche Hubschrauberüberfälle seltener geworden, weil die Portugiesen mit starken örtlichen Milizeinheiten der Befreiungsarmee rechnen müssen.

So waren die Portugiesen zum letzten Mal mit Hubschraubern in den Regionen Balana und Quatafani im April 1972.

#### **Unterstützung Portugals durch die NATO**

Ohne die militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung Portugals durch die NATO, vor allem durch die BRD, wäre dieser Krieg nicht zu führen. Dies ist eine Feststellung, die nicht nur übereinstimmend von den politischen Führern der Befreiungsbewegungen gemacht wird, sondern auch an den innenpolitischen Problemen Portugals selbst ablesbar ist. Über 60% des Staatshaushalts Portugals werden für militärische Zwecke - und damit direkt oder indirekt für den Kolonialkrieg - verwendet.

Die Waffen, die in diesem Kolonialkrieg seitens Portugals zur Anwendung kommen, stammen in der Regel aus anderen NATO-Ländern oder werden in Portugal in Lizenz hergestellt. Vor allem die BRD hat Waffen bzw. Waffenträger an Portugal geliefert: Flugzeuge vom Typ Fiat G 91, Dornier Do 27, Noratlas; Korvetten und Schnellboote, Landfahrzeuge und militärische Geräte.

### Informationsgespräch mit Führern des Sektors

Am folgenden Tag erhalten wir Gelegenheit zu einem Gespräch mit verantwortlichen Politikern und militärischen Führern des Sektors, darunter:

Cherif Fäll Camara, Regions-Kommissar für Erziehung und Jugend

Loa, militärischer Kommandeur des Sektors

Antonia Murgon, Kommissar für Erziehung des Sektors

Paulo, Kommissar für Handel des Sektors

da Silva, Kommissar für die Kooperativen des Sektors

Euginio Preda, Kommissar für Gesundheitswesen des Sektors

Gomiz, Kommandeur der Südfront für Jugend

Jaldo, Kommissar für Nachrichtenwesen des Sektors.

Man informiert uns über Fragen der Verwaltung und Justiz, über das Gesundheitswesen und unterstreicht die große Bedeutung der internationalen Solidarität. Das Gesprächsergebnis läßt sich wie folgt zusammenfassen:

#### Verwaltung und Justiz

Die Verwaltungsebenen sind: Dorf, Sektion, Sektor, Region, Front, Republik. In jedem Dorf gibt es ein fünfköpfiges Dorfkomitee, das von der Vollversammlung des Dorfes gewählt wird. Solche Komitees bestehen auch auf den anderen Verwaltungsebenen.

Der Verantwortungsbereich eines solchen Komitees umfasst:

- Politik (1. Vorsitzender)
- Sicherheit (2. Vorsitzender)
- Soziales, Gesundheit und Erziehung
- Finanzen
- Wirtschaft/Handel.

Darüberhinaus hat jeder Sektor, jede Region und jede Front einen militärischen Kommandeur, dem die Miliz untersteht (Miliz - "local armed forces" im Unterschied zu den "regular armed forcés" = Befreiungstreitkräfte).

Die Mitglieder der Gerichte werden auf Regionsebene von der Bevölkerung gewählt. Vor einer Gerichtsverhandlung wird jeder Fall von der Bevölkerung des Dorfes, aus dem der Angeklagte bzw. Beklagte stammt, beraten. Die Dorfversammlung macht dem Gericht einen Vorschlag, der beim Urteil berücksichtigt werden muß.

An den Wahlen zu den Komitees und Gerichten nehmen alle über 18-jährigen teil, unabhängig davon, ob sie lesen oder schreiben können.



Apotheke eines Hospitals in den befreiten Gebieten.

#### Gesundheitswesen

Der Aufbau des Gesundheitswesens ist für die Befreiungsbewegung nach wie vor eine der dringlichsten Aufgaben; einmal um die noch verbreiteten Tropenkrankheiten wirksam bekämpfen zu können (vor allem die Malaria), zum anderen um die Opfer des Bombenterrors sowie die Kriegsverletzten wirksam behandeln zu können.

Auf den unteren Verwaltungsebenen existieren Erste-Hilfe-Stationen, deren Ausrüstung, ausreichend ist für die Behandlung kleinerer Verletzungen und für Erste-Hilfe-Maßnahmen bei schweren Verletzungen und Krankheiten. Auf Regionsebene existieren Hospitäler mit je ca. 50 Betten und einer Ausrüstung, die auch größere Operationen ermöglicht. In der Region Quatafina z. B. gibt es 2 solcher Hospitäler, die von 2 Ärzten (für jedes Hospital einer) und 46 Hilfsärzten betreut werden. Für diese Hospitäler stellen die Bombenangriffe der portugiesischen Kolonialluftwaffe nach wie vor ein großes Problem dar, weil die Piloten das Rotkreuzzeichen nicht respektieren und vor allem auch Hospitäler angreifen.

#### Internationale Hilfeleistungen

Nicht nur im Schul- und Ausbildungswesen, sondern auch im Gesundheitswesen erfahren die Menschen in der Republik Guinea-Bissau internationale Hilfe. Man bestätigt uns, daß unsere Begegnung mit zwei jungen kubanischen Ärzten in einem Hospital mitten im Dschungel durchaus keinen Einzelfall darstelle. Wir selbst konnten uns davon überzeugen, daß Medikamente der UNICEF und zahlreicher nationaler Hilfskomitees den Krankenhäusern zur Verfügung stehen. Aber auch in diesem Bereich

ist, trotz aller hoch einzuschätzenden Solidaritätskampagnen, noch immer ein großer Mangel zu verzeichnen.

Ein weiterer Aspekt: Da die portugiesischen Kolonialisten nach wie vor Ernten und Viehherden durch Bombenabwürfe vernichten, müssen Lebensmittel importiert werden, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Hier spielt die Unterstützung durch die sozialistischen Länder eine wichtige Rolle. Um die Errungenschaften des Aufbaus gegen die portugiesischen Kolonialisten verteidigen zu können, ist die Befreiungsbewegung bzw. die Regierung auf Unterstützung hinsichtlich der Ausrüstung und der Ausbildung der Armee angewiesen. Auch hier ist die Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten nicht wegzudenken. So gehören sowjetische Waffen ("Kalashnikow") und Lastkraftwagen ("GAS") zur Standardausrüstung der Befreiungsstreitkräfte.

Cherif F a l l C a m a r a, der verantwortliche Kommissar für Erziehung und Jugend in dieser Region sagte zum Abschied:

"Wir wollen keinen bewaffneten Kampf, aber wir haben keine andere Möglichkeit. Wir wissen, daß wir nicht alleine stehen, daß wir viele Freunde haben, und das ist nicht nur eine materielle, sondern auch eine große moralische Hilfe für uns. Wir kennen die Kraft der Solidarität der Weltjugend und aller fortschrittlichen Kräfte. Mit ihrer Hilfe werden wir den Kampf siegreich beenden."



Barry Abudulay, Innenminister der Republik Guinea-Bissau

## ASK - Erklärung

# Für die Anerkennung der Republik Guinea-Bissau

Am 20. Januar 1973 wurde der Generalsekretär der Befreiungsbewegung von Guinea Bissau und den Kapverdischen Inseln (PAIGC), Dr. Amilcar Cabral, von gedungenen Agenten des portugiesischen Kolonialismus ermordet. (...)

Die portugiesischen Kolonialisten hatten gehofft, durch dieses Verbrechen die PAIGC entscheidend zu schwächen, die Bevölkerung von Guinea Bissau einzuschüchtern und ihren Kampf um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt zu hemmen. Der feige Mord an Amilcar Cabral bewirkte jedoch das Gegenteil: Hartnäckig und entschlossener denn je kämpfte das Volk von Guinea Bissau gegen seine Unterdrücker, führte mit großem Erfolg die Wahlen zur Nationalversammlung durch und proklamierte im September 1973 die unabhängige Republik Guinea Bissau.

Seitdem konnten in den befreiten Gebieten weitere bedeutende Erfolge beim Aufbau des Schulwesens, bei der Entwicklung der Landwirtschaft, beim Bau von Krankenhäusern und der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung erzielt werden.

Doch noch immer stehen portugiesische Kolonialtruppen im Land, verletzen entgegen eindeutigen Beschlüssen der Vereinten Nationen die Souveränität und Integrität des jungen Staates und verhindern, daß das Volk von Guinea Bissau seine ganze Kraft dem friedlichen Aufbau seines Landes widmen kann.

Über 70 Regierungen in aller Welt haben den neuen Staat bereits offiziell anerkannt. Die Bundesregierung weigerte sich bisher, diesem Beispiel zu folgen. In der UNO enthielt sie sich der Stimme, als die überwältigende Mehrheit der Vollversammlung die Souveränität Guinea Bissaus anerkannte.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee fordert:

- Den sofortigen Abzug aller portugiesischen Truppen aus Guinea Bissau, den Kapverdischen Inseln und den portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique!
- Schluß mit der Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik durch die NATO-Staaten, insbesondere durch die Bundesrepublik!
- Die unverzügliche und bedingungslose Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung!

Wir wenden uns an alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik, diese Forderungen zu unterstützen und ihnen durch Solidaritätsaktionen mit den vom portugiesischen Kolonialismus geknechteten Völkern Afrikas Nachdruck zu verleihen.

# Chile

Vom 21. bis zum 24. März kam im Konferenzzentrum Dipoli bei Helsinki die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile zusammen. Die Kommission, der 50 Experten, namhafte Juristen, Mediziner, Geistliche und Politiker aller Kontinente angehören, war auf Einladung des finnischen Unterrichtsministers Ulf Sundquist, als Vorsitzendem des Vorbereitungs Komitees, zusammengetreten.

Als Repräsentanten des chilenischen Widerstandes waren der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano, die Politbüromitglieder der Kommunistischen Partei, Volodia Teitelboim und Manuel Cantera, sowie Frau Hortensia Allende und Isabelle Allende und Vertreter aller anderen Parteien der Unidad Popular und des MIR anwesend.

Vor diesem Gremium, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Beweismaterial über die Verbrechen der Junta genauestens zu prüfen, wurden Augenzeugen befragt, Ermittlungen von Experten, Tonband- und Filmmaterialien vorgestellt. Neben einer Vielzahl von Zeugenaussagen chilenischer Arbeiter, Bauern, Frauen etc. legten internationale Delegationen, die Chile nach dem 11. September 1973 bereisten, Berichte vor.

Besonderes Aufsehen erregte das von Dr. Kaul (DDR) vorgelegte Beweismaterial über die imperialistische Beteiligung an der Verschwörung in Chile (vgl. Auszug, S. ), sowie das nun auch in spanisch vorliegende Chile-Schwarzbuch des Pahl Rugenstein Verlags/BRD.

Prof. Erich Wulff, Mitherausgeber des Chile-Schwarzbuches und Sprecher des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees der BRD (ASK), nahm in Helsinki als Kommissionsmitglied teil und wird diese Arbeit fortsetzen.

Die Internationale Kommission verabschiedete eine Reihe von Dokumenten, darunter eine Abschlusserklärung, die wir im folgenden in vollem Wortlaut wiedergeben. Die Kommission wird im Herbst 1974 in Kopenhagen erneut zusammentreten.

## Abschlusserklärung

### der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile

Die Abschlusserklärung der Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile hat folgenden Wortlaut:

„Die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile hat während ihrer ersten Sitzung in Helsinki vom 21. bis 24. März folgende Themen behandelt:

1. Verschwörung gegen das Volk und die legitime Regierung Chiles, einschließlich ausländischer Einmischung in chilenische Angelegenheiten;
2. Verletzung fundamentaler Menschenrechte;

3. Politische Gefangene und Flüchtlinge.

Die Kommission, die sich aus mehr als 50 Mitgliedern von allen Kontinenten und mit unterschiedlichen politischen Ansichten zusammensetzt, hat eine sehr umfassende und bedeutende Menge an Material genau geprüft. Sie hat eine große Zahl von Augenzeugen, Beobachtern und Experten angehört. Sie hat Berichte, Dokumente und anderes schriftliches Beweismaterial sowie Lichtbilder und Filme erhalten, was alles von großem Wert gewesen ist.

Tief erschüttert durch die Anklage, die vor ihr erhoben wurde, und einig

über die Notwendigkeit, die Gesetzlosigkeit und Grausamkeit der selbstproklamierten Militärjunta in Chile zu entlarven und anzuprangern, gibt die Kommission folgende Erklärung ab:

I.

Am 11. September 1973 inszenierte eine Handvoll aufständischer Offiziere einen Staatsstreich gegen die rechtmäßige Regierung Chiles. Dieser Staatsstreich war das Ergebnis einer Verschwörung, die seit Anfang 1972 im Gange war und die als nichts Geringeres denn als Hochverrat anzusehen ist.

Die Militärjunta hat versucht, die illegale Machtübernahme zu rechtfertigen, indem sie die Regierung von Präsident Salvador Allende beschuldigte, in ein Komplott zur Entfesselung eines Bürgerkrieges in Komplizität mit im Ausland ausgebildeten Guerillas verwickelt gewesen zu sein. Die Junta war nicht in der Lage, für diese Behauptung irgend einen Beweis zu erbringen.

Die Regierung von Präsident Allende war demokratisch gewählt und blieb konsequent bei ihrer Entscheidung, sich an die Verfassung des Landes zu halten, während die Militärjunta, die die Verfassung einzuhalten vorgibt, sie in Wirklichkeit abgeschafft und Maßnahmen zur Einführung einer neuen Verfassung ergriffen hat, die die demokratischen Rechte des Volkes höchstwahrscheinlich unterdrücken wird.

Es ist ganz klar, daß ausländische Kreise auf Chile Druck ausübten in der Absicht, die Regierung zu stürzen. Private und öffentliche Finanzinstitutionen in den Vereinigten Staaten von Amerika sowie USA-Konzerne wurden mit Billigung der USA-Regierung aktiv, um Chile wirtschaftlich zu erdrosseln. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, eine der Spezialinstitutionen der Vereinten Nationen, ver-



Herzlich dankten die Teilnehmer der ersten Tagung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile dem Generalsekretär der SP Chiles, Carlos Altamirano, für seine Ansprache

weigerte Chile unter Umständen, die stark auf einem Druck von seiten der USA schließen lassen, jede finanzielle Hilfe.

Außerdem gibt es direkte Beweise dafür, daß der ITT-Konzern beabsichtigte, ein wirtschaftliches und politisches Chaos zu schaffen, um die Herrschaft der chilenischen Regierung zu unterminieren. Diese Pläne wurden der Central Intelligence Agency der USA (CIA) mitgeteilt.

Es gibt ferner Behauptungen, die wohlbegründet erscheinen, denen zufolge die CIA in Infiltration, Sabotage, politische Gewaltakte und in den Putsch selbst verwickelt war.

Darüber hinaus fiel der Putsch mit demonstrativen Manövern und Bewegungen der USA-Kriegsflotte entlang der chilenischen Küste, getrennt und gemeinsam mit Einheiten der chilenischen Marine, zusammen.

Diese Umstände lassen auf ein recht konsequentes System der Beteiligung und Kollaboration der USA bei der Machtübernahme durch das Militär in Chile schließen. Diese Folgerung kann durch Erklärungen führender Vertreter der USA vor und nach dem Staatsstreich erhärtet werden.

Der Zweck einer derartigen Intervention bestand darin, die Regierung daran zu hindern, auf wirtschaftlichem Gebiet die nationale Unabhängigkeit zu erlangen und wesentliche Veränderungen in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur vorzunehmen.

Diese Art der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chiles stellt nach dem allgemeinen Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen eine ernste Verletzung der politischen Unabhängigkeit und Souveränität des Landes dar.

Das der Kommission vorliegende Beweismaterial hat deutlich die Strategie und den „Modus operandi“ gezeigt, mit denen die antidemokratischen und neokolonialistischen Kräfte entweder durch die Schaffung oder durch die Ausnutzung schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen oder Krisen in den Entwicklungsländern die Macht an sich reißen. Diese Kräfte bilden eine Gefahr für die Selbstbestimmung der Völker und für den Weltfrieden.

### II.

Während des Staatsstreichs fanden in großem Maßstab Verhaftungen und Tötungen ohne Prozeß statt. Menschen wurden willkürlich und unterschiedslos hingerichtet, offenbar nur aus dem Grunde, um die Bevölkerung zu terrorisieren und zu unterdrücken. Der Präsidentenpalast, Arbeiterviertel, Fabriken und andere Anlagen wurden bombardiert.

Eine große Anzahl von Personen, darunter viele, die sich in keiner Weise politisch betätigt hatten, wurde festgenommen, verhört und gefoltert, oft mit tödlichem Ausgang. Viele Menschen wurden gezwungen zuzusehen, wenn Angehörige ihrer Familie gefoltert wurden. Frauen und Familien von Häftlingen wurden als Geiseln festgehalten und ebenfalls mißhandelt. Frauen wurden vergewaltigt; Kinder wurden von

ihren Eltern getrennt und unter Arrest gestellt.

Unter den Bedingungen des „Ausnahmestands in Kriegszeiten“, der später von der Junta verhängt wurde, wurden Militärtribunale gebildet, um Personen, die der Verletzung von Anordnungen der Junta beschuldigt wurden, abzuurteilen. Diese Kriegsgerichte maßen sich, solange der Kriegszustand besteht, die alleinige Rechtsprechung an. Das Prinzip der nichtrückwirkenden Strafen ist von diesen Tribunalen niemals respektiert worden, obwohl der Justizminister der Junta feierlich gegenteilige Versprechen gegeben hatte.

Die ganze Verfolgung von Mitgliedern und Anhängern der Regierung Allende dient dem Zweck, Menschen für Handlungen und für die Politik der Vergangenheit vor Gericht zu stellen und zu verurteilen.

Die militärischen Urteile, gegen die keine Berufung eingelegt werden kann, sind unsinnig hart und stehen in keinem Verhältnis zu den angeblichen Verbrechen; sie lauten auf nicht weniger als dreißig Jahre Gefängnis oder Todesstrafe. Solche schweren Strafen wurden jetzt für Mitglieder der Streitkräfte gefordert, die es abgelehnt hatten, sich an dem Putsch zu beteiligen. Die Angeklagten erhalten keinen Verteidigungsschutz, wenn sie diesem extremen Schnellverfahren unterworfen werden.

Die Diktatur der Junta hat alle demokratischen Strukturen und Verfahrensweisen und die damit verbundenen Rechte und Freiheiten völlig zerstört. So hat die Junta jede politische Tätigkeit verboten und alle mit der Regierung Präsident Allendes verbundenen politischen Organisationen für illegal erklärt und somit die grundlegenden Rechte auf Freiheit der friedlichen Versammlung und Vereinigung abgeschafft. Außerdem wurde die Informationsfreiheit durch die Schließung von Zeitungen und die Einführung einer äußerst strengen Zensur völlig unterdrückt. Die Massenverbrennung von Büchern ist ein Symbol für ihre völlige Verachtung der Kultur.

Die Unterdrückung der Arbeiterklasse ist ein grundlegendes Merkmal des Regimes. Das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, ist durch das Verbot aller freien Gewerkschaften abgeschafft worden. Die Ausbeutung der Arbeiter wurde durch Einfrieren der Löhne und durch die Forderung nach zusätzlicher Arbeit ohne Bezahlung intensiviert. Sogar das Recht auf Arbeit wird ihnen durch Massenentlassungen aus rein politischen Gründen genommen.

Typisch für die Militärjunta waren ihre xenophoben Ausfälle gegen Ausländer. Ausgesprochen rassistische Tendenzen sind in der Verfolgung gewisser ethnischer Minderheiten wie der Mapuche-Indianer und der Zigeuner festzustellen.

Das Gesamtbild, das sich aus diesen Tatsachen ergibt, erinnert an den Aufstieg des deutschen Faschismus. Schließlich wird so erdrückend augenfällig, daß die Militärjunta nie beabsichtigte, ihr feierliches Gelübde vor den Vereinten Nationen zu erfüllen, die Menschenrechte und ihre auf Völkerrecht beruhenden Verpflichtungen zu respektieren. Im Gegenteil — sie hat solche maß-

gebenden internationalen Urkunden verhöhnt, wie die universale Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, den internationalen Vertrag über zivile und politische Rechte von 1966, angenommen und ratifiziert durch Chile, und die amerikanische Konvention über Menschenrechte von 1969.

### III.

Eine extrem große Anzahl von politischen Gefangenen und Häftlingen werden noch in Gefängnissen, Konzentrationslagern und an anderen Stätten festgehalten. Schätzungen über ihre Zahl weichen voneinander ab, da die Junta keine Information freigibt, und sie genehmigt keine internationale Untersuchung.

Allgemein sind die Bedingungen für alle Gefangenen extrem unmenschlich. Sie werden brutal behandelt, und Torturen gehören zum Alltag. Viele von ihnen wurden zur Flucht provoziert und dann auf der Flucht erschossen. Die Gefangenen werden physisch terrorisiert. Sie leben in ständiger Ungewißheit über ihr Schicksal. Sie haben keinen Kontakt zu ihren Ehegatten, Familien und zu ihren Anwälten. Ein großer Teil wird in völliger Isolierung gehalten. Nur im seltensten Falle erfahren die Gefangenen die ihnen formal angelasteten Gründe für ihre Verhaftung, eine große Zahl ist für eine unbegrenzte Zeit in „Vorbeugehaft“. Die drohende Gefahr der Hinrichtung ist stets präsent, und dieser Fakt wird durch die kürzliche Ankündigung erhärtet, daß gewisse politische Führer in den Tod geschickt werden könnten.

Seit dem Militärputsch ist die Lage der Ausländer, die in Chile Zuflucht gefunden hatten, äußerst ernst. Eine große Anzahl von ihnen wurde verfolgt und ermordet. Trotz der Versicherungen des Außenministers der Junta wurden viele von ihnen gezwungen, in ihre Länder zurückzukehren. Internationalen humanitären Organisationen wie der UNO-Hochkommission für Flüchtlinge wurde es in gewissem Umfang nach den von der Junta festgelegten Bedingungen erlaubt, tätig zu werden, wobei die Junta ihre Verpflichtungen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und dem Zusatzprotokoll von 1967 total mißachtet.

Obwohl vielen Chilenen und Ausländern von mutigen Regierungen und Botschaften diplomatisches und territoriales Asyl gewährt wurde, entspricht die Politik der Junta kaum den langjährigen Gepflogenheiten und Regeln in Lateinamerika in bezug auf die Gewährung diplomatischen Asyls. Entgegen der üblichen Praxis wurde in vielen Fällen freies Geleit verweigert.

Trotz der Tatsache, daß die Gewährung politischen Asyls eine friedliche und humanitäre Handlung ist, haben die Behörden der Junta nicht einmal gezögert, Mitglieder des diplomatischen Korps, die eine solche Handlung vornehmen wollten, anzugreifen und einzuschüchtern. In flagranter Verletzung der Wiener Konvention von 1961 über die diplomatischen Beziehungen eröffneten Truppen der Junta das Feuer auf die kubanische Botschaft und beschossen und verletzten Personen, die unter dem Schutz diplomatischer Missionen standen.

Die Internationale Kommission will sich nicht als ein Gericht betrachtet wissen. Sie hat weder die Macht noch die Kompetenz eines Gerichts. Die einzige Sanktion, die der Kommission zur Verfügung steht, ist das moralische Urteil der Menschlichkeit.

Darum appelliert die Kommission dringend an alle Menschen und Organisationen, an alle Regierungen und internationalen Körperschaften:

- Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen durch die Junta, und die USA-Einmischung in chilenische Angelegenheiten anzuprangern,
- für die Isolierung der Militärjunta von der internationalen Gemeinschaft zu wirken,
- jegliche Unterstützung für die Junta zu beenden,
- aktive Unterstützung dem Kampf des chilenischen Volkes für die Wiederein-

setzung der legitimen Regierung zu geben,  
 ● Druck auf die Junta auszuüben, den Kriegszustand aufzuheben, den Terror zu beenden, definitiv alle Konzentrationslager zu schließen und alle politischen Gefangenen zu entlassen.

Die Kommission wird ihre Arbeit solange fortsetzen, wie es notwendig ist."

(Quelle: ND, 25.3.1974)



## JOSE TOHA - von Juntaschergen zu Tode gefoltert

● Jose Toha hatte als Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei Chiles aktiv Anteil an der Bildung der Unidad Popular genommen. Dem ersten Kabinett von Präsident Allende gehörte er als Innenminister und Vizepräsident an. In dieser Funktion hatte er führenden Anteil an der Aufdeckung und Zerschlagung mehrerer Anschläge des amerikanischen Geheimdienstes CIA auf das Leben Dr. Salvador Allendes. So hatte die CIA eine ihrer Agentinnen als Köchin in den Haushalt Dr. Allendes lanciert und eine Gruppe von Scharfschützen nach Santiago eingeschleust, denen ein Kopfgeld für die Ermordung Dr. Allendes in Aussicht gestellt worden war.

● Jose Toha war, wie eine chilenische Zeitung in den ersten Monaten der am 3. November 1970 begonnenen Amtszeit der UP-Regierung schrieb, am Morgen der erste und am Abend der letzte Minister im

Regierungspalast „La Moneda“. Nachdem die Reaktion, die über die Mehrheit im Parlament verfügte, gegen den chilenischen Revolutionär mehrere „Verfassungsklagen“ konstruiert hatte, übernahm er nach der Kabinettsumbildung im Januar 1972 das Verteidigungsministerium.

● Jose Toha wurde sofort nach dem blutigen Putsch vom 11. September 1973 und nach der Ermordung des rechtmäßigen Präsidenten Dr. Salvador Allende von der Junta gejagt. Eine fieberhafte Fahndung setzte ein, bis er den faschistischen Hörschern in die Hände fiel. Er wurde ins Gefängnis geworfen, auf die KZ-Insel Dawson gebracht und schließlich wieder nach Santiago in einen Militärkerker verschleppt – den er lebend nicht mehr verließ.

## Beweismaterial zur US-Beteiligung

Der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile wurde am letzten Beratungstag in Helsinki ein Dokument vorgelegt, das die US-Streitkräfte in Westeuropa subversiver Umtriebe gegen die Regierung der Unidad-Popular im Jahr 1972 überführt. Der Berliner Rechtsanwalt Professor Dr. Friedrich-Karl Kaul legte die notariell beglaubigte Kopie eines "streng vertraulichen" Schreibens des Hauptquartiers der US-Streitkräfte für den Heeresdistrikt Südbayern an das zentrale Finanz- und Buchhaltungsbüro der US-Army in Europa, Abteilung Zivilgehälter, vor. Das Schreiben hat in der Übersetzung, wie sie durch die Internationale Kommission in Helsinki vorgenommen wurde, den folgenden Wortlaut:

"Unter Bezug auf die Befehle, die vom Regionalkommando der Special Forces ausgegeben wurden, ersuche ich, den USA-Streitkräften SUDPIST, Kommando Südbayern, APO 09 178 bis

zum 30. Oktober 1972 sechs Monatsbesoldungen in chilenischen Escudos für Charles D. Bingdons, 072226943, und George D. Darling, 444 385207, von meinem Kommando zu überweisen. Sie haben ein hartes Spezialtraining erhalten und werden in Kürze zum Einsatz gelangen.

Ich füge ihre Lochkarten bei. Die durch die Lochkarte ausgewiesene Zeit, die sie im Spezialtraining verbracht haben, soll überall als Urlaub auftauchen, um die Geheimhaltung zu gewährleisten. Die Anweisung in chilenischen Escudos sollte in Übereinstimmung mit den Regeln für höchste Geheimhaltung behandelt werden. gez. J. L. McBennet, Oberleutnant, Adjutant."

(Quelle: Westberliner Extra-Dienst, 29.3.1974)

# Brasilien

Den 1. Teil der Analyse von Luis Carlos Prestes veröffentlichten wir in AIB Nr. 3/1974. Er behandelte die Rolle des US-Imperialismus bis zum Militärputsch in Brasilien 1964, den Ausverkauf des Landes an die ausländischen Monopole und die terroristische Innenpolitik der Militärdiktatur. Den folgenden 2. Teil eröffnet L. C. Prestes mit einer Einschätzung der expansionistischen, aggressiven Außenpolitik der brasilianischen Diktatoren. Er deckt das Wesen der "Politik des Dialogs" auf und widerlegt die Legende vom "Brasilianischen Wirtschaftswunder".

Der Verfasser macht deutlich, daß ökonomischer Expansionismus und militärische Aggressivität der faschistischen Diktatoren zwei Seiten einer Medaille sind, die eine große Gefahr für die antiimperialistische Bewegung Lateinamerikas darstellen.

Im letzten Abschnitt seiner Ausführungen skizziert Luis Carlos Prestes die Aufgaben der Brasilianischen Kommunistischen Partei, die er mit den Worten "Mobilisierung, Vereinigung, Organisierung" umschreibt, und die er dem Befreiungskampf der lateinamerikanischen Völker zuordnet.

## Luis Carlos Prestes

# Errichtung des Faschismus und Bedrohung des Kontinents (2. Teil)

Der wahre Charakter des Regimes offenbart sich auch in der Außenpolitik.

Nach den Worten des Diktators Castelo Branco (1964-1967) ist die nationale Souveränität ein sinnlos gewordener Begriff. Sie müsse neu definiert werden als Teil eines umfassenderen Ganzen, das "christlicher Westen" genannt werde, und die Rolle des Hegemons stehe den Vereinigten Staaten zu. Die Diktatur, welche die Möglichkeit der Erhaltung der nationalen Souveränität negiert, hat die These von der sogenannten "gegenseitigen Abhängigkeit" aufgestellt, d. h. von der völligen Unterordnung des Landes unter die höheren Interessen der imperialistischen Metropole.

Wie der ehemalige Außenminister Juraci Magalhães erklärte, "anerkennt Brasilien die Vereinigten Staaten als Führer der freien Welt und als Hüter der die westliche Zivilisation inspirierenden Prinzipien." Davon ausgehend, verteidigte die Diktatur, aus dem Munde ihres Ministers, die "Notwendigkeit der Schaffung eines wirksamen Mechanismus, der den Gefahren zu trotzen vermag, denen sich die amerikanischen Nationen heute gegenübersehen" und die "in neuen Formen der Unterdrückung bestehen, raffinierter als der traditionelle bewaffnete Überfall von außen, aber nicht minder gefährlich für die nationale Integrität." <sup>1)</sup> Ein anderer Außenminister der Diktatur, Vasco Leitão da Cunha, unterstrich, daß die "geographischen Grenzen zwischen den amerikanischen Ländern überholt sind; heutzutage muß man einen Teil der nationalen Souveränität opfern; gegenseitige Abhängigkeit wird die Unabhängigkeit ersetzen müssen". <sup>2)</sup>

### „Politik der kollektiven Verteidigung“

Die Diktatur, die die Angst der herrschenden Klassen vor dem Anwachsen der antiimperialistischen Revolution auf dem Kontinent verriet, trat für die "kollektive Verteidigung" ein, rief in verschleierte Form die Streitkräfte des Imperialismus zu Hilfe. "Der Pazifismus ist zweifellos der Natur der Demokratie selbst und sogar dem Sehnen der Menschen eigen", sagte Castelo Branco, "doch heute ist er undenkbar ohne die Politik der kollektiven Verteidigung. Es wird keine Übertreibung sein zu sagen, daß die klassische militärische Unabhängigkeit ein überwundener Aspekt der nationalen Souveränität ist, denn bewaffnetes Vorgehen kann nur im Rahmen internationaler Pakte über gegenseitige Verteidigung, die auf Demokratie und Frieden abzielen, wirksam vorbereitet werden. Gäbe es z. B. nicht die NATO, wären wir nicht Zeugen der Entwicklung der westlichen Demokratie und Ökonomik. Ebensovien hätten die lateinamerikanischen Länder ohne die kollektive Verteidigung, die sich schon auf dem amerikanischen Kontinent bewährt hat, ihre Institute ruhig vervollkommen, die gegenseitige Durchdringung um der Entwicklung willen fördern können". <sup>3)</sup> In derartigen Erklärungen offenbart sich eine ganze politische Konzeption zum Schutze des Kapitalismus, zur Unterstützung der neokolonialistischen Politik des Yankee-Imperialismus.

Die Worte der Diktatur werden durch Taten bestätigt. Gleich nach dem Putsch von 1964 brach die brasilianische Regierung die Beziehungen zu Kuba ab, und im Jahr darauf entsandte sie eine Truppenabteilung zur Teilnahme an der verbrecherischen Aggression der USA ge-

gen das Volk der Dominikanischen Republik. Die Diktatur unterstützte offiziell die bewaffneten Aktionen des Imperialismus in Vietnam und Kongo sowie das verbrecherische Vorgehen des Salazar-Regimes gegen die Völker Guinea-Bissaus, Angolas und Moçambiques.

#### „Elastischere Politik“

Doch der Triumph der von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern unentwegt betriebenen Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz, die internationale Entspannung verwandelten die Doktrinen und Formulierungen, die die brasilianische Diktatur in den ersten drei Jahren ihres Bestehens aufgestellt hat, in einen Anachronismus, machten sie unhaltbar. Sie mußte sich von der Politik des kalten Krieges ebenso lossagen, wie von der Doktrin der "ideologischen Grenzen" und den Versuchen, "interamerikanische Friedenskräfte" zu schaffen, wozu auch die Washingtoner Regierung gezwungen wurde. Heute bemüht sich der Imperialismus der USA, ohne auf die "Politik der Stärke", der offenen und sogar militärischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder zu verzichten, eine elastischere Politik zu betreiben, sich der neuen Situation anzupassen, um die ihm verbliebenen Positionen zu behaupten. Mit einigen Zugeständnissen an fortschrittliche und antiimperialistische Regierungen, mit neuen Krediten sucht er deren Politik in eine ihm genehme Richtung zu lenken.

Bewaffnete Aggression, Wirtschaftsblockade und politischer Ostrazismus - Methoden, wie sie gegen das revolutionäre Kuba angewandt wurden - sind heute nicht mehr immer und in allen Fällen anwendbar. Darum erfuhr die Außenpolitik der Diktatur unter den Nachfolgern Castelo Brancos - den Diktatoren Costa e Silv (1967-1969) und Garrastaz Mdici (seit 1969) - einige Veränderungen. Natürlich



Nachfolger G. Brancos als Staatspräsidenten Brasiliens: die Generale G. Medici (l.) von 1969-1974 und E. Geisel seit März 1974.

blieben die Klassennatur der Diktatur selbst und folglich der Inhalt ihrer Politik die alten. Heute sind ihr neue, raffiniertere Methoden eigen, aber das macht sie nicht weniger gefährlich für die Nachbarvölker, die fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas, den Weltfrieden.

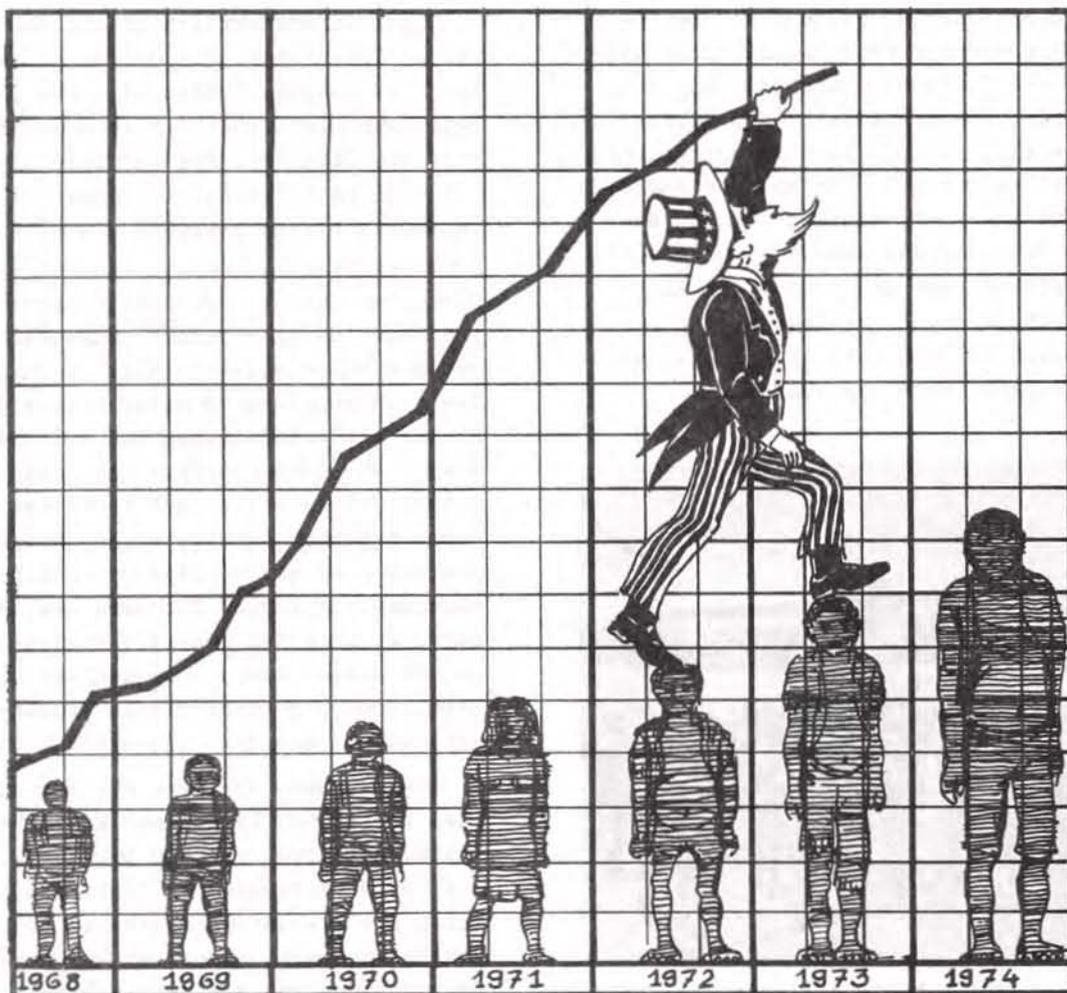
#### Außenpolitik im Auftrage der USA

Die brasilianische Diktatur ist bestrebt, sich auf internationalen Foren als Verteidigerin der Interessen der kleinen und mittleren souveränen Staaten, als eine Art Kämpfer gegen die "Aufteilung der Welt" in Einflußsphären der "Supermächte" aufzuspielen. So anerkannte auf der XXVII. Tagung der UNO-Vollversammlung Außenminister Gibson Barbosa in Worten "die programmatische Bedeutung einiger Initiativen, die uns halfen, die Mauer des Streiks und des unüberwindlichen ideologischen Konflikts zu berschreiten und vom fruchtlosen und düsteren kalten Krieg zur Periode des Dialogs überzugehen". Aber gleichzeitig wandte er sich gegen die zweiseitigen Vereinbarungen zwischen den "vorherrschenden Mchten" oder "Supermchten". Die brasilianische Diktatur erfindet eine eingebildete Gefahr - Aufteilung der Welt in "Einflußsphären" - und versucht, auf diese Weise das proimperialistische und antisowjetische Wesen der eigenen Außenpolitik zu tarnen.

Angesichts des Volkshasses gegen den USA-Imperialismus in Lateinamerika ist die Washingtoner Regierung heute daran interessiert, daß die brasilianische Diktatur, auf die sie sich verlassen kann, zur Politik der Annäherung an die Regierungen nicht nur der Länder Lateinamerikas, sondern auch einiger afrikanischer Staaten übergeht. Das ist der Sinn der Reisen des brasilianischen Außenministers in Länder Mittelamerikas und Afrikas. Obwohl die brasilianische Delegation in der UNO stets Portugal unterstützt, unterzeichnete der Minister mit einer Reihe von Regierungen Abkommen zum Schutze der Souveränität und Selbstbestimmung der afrikanischen Völker, gegen die kolonialistische und neokolonialistische Politik Portugals und anderer Mchte.

#### Wirtschaftlicher Expansionismus

Es gibt auch noch einen anderen Faktor einiger Veränderungen in der außenpolitischen Orientierung der Diktatur. Seit Ende 1967verstrkte sich das Wachstum der Industrieproduktion und des Bruttoprodukts (10 Prozent jährlich) in Brasilien. Aber da die Reallöhne sehr niedrig sind, erweitert sich der Binnenmarkt nur langsam. Zur Sicherung des Wachs-



Wachstumskurve der brasilianischen Wirtschaft

tums der Bruttonproduktion hielt es die Regierung für notwendig, den Export zu erweitern. Im Juli 1972 erklärte der Direktor der Verwaltung für Auslandskreditierung (CACEX), Benedito Moreira, die derzeitige Exportpolitik müsse "unter allen Umständen und um jeden Preis betrieben werden, auch wenn der Binnenmarkt geopfert werden muß" <sup>4)</sup>. Darauf bestand einige Monate später auch der Finanzminister Delfin Neto. In seiner Rede auf der Schlußsitzung des IX. nationalen Bankkongresses behauptete er: "Die einzige Einschränkung, die in der Zukunft die Entwicklung Brasiliens erschweren könnte, ist die Verringerung des Exports. Um die Entwicklung in hohem Tempo fortzusetzen, muß das Land die Verkäufe im Ausland etwa um 14 Prozent jährlich erweitern; das ist eine Grundlage der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik" <sup>5)</sup>.

Da die Diktatur die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu festigen und den Export zu erweitern sucht, baut sie ihre Wirtschaftspolitik auf der verstärkten Konzentration des Kapitals und der Produktion, der Anwendung moderner Technologie und der Steigerung der Arbeitsproduktivität auf. Die Regierung geht darauf ein, die nationale Währung wei-

ter abzuwerten, den Exporteuren neue Steuerbegünstigungen zu gewähren. Die Exportbegünstigungen ermöglichen es ihnen, Fertigerzeugnisse im Ausland zu Preisen zu verkaufen, die durchschnittlich um 50 Prozent unter den Preisen des Binnenmarktes liegen. All das führt letzten Endes zur verstärkten Ausbeutung der billigen Arbeit des brasilianischen Volkes.

#### Das Wesen des „brasilianischen Wunders“

Bekräftigt wird die expansionistische Politik durch die Lobpreisung des berühmten "brasilianischen Wunders". Dieses wird vor der ganzen Welt als ein nachahmenswürdiges Modell der ökonomischen Entwicklung und "sozialen Ruhe" hingestellt. Natürlich verbirgt man dabei sorgfältig, daß dieses "Wunder" auf Kosten einer zunehmenden Armut der Bevölkerung und der grausamen Ausbeutung der Werktätigen erreicht wird, die aller demokratischen Rechte beraubt sind. Gesagt sei nur, daß der Anteil von 20 Prozent der Bevölkerung (ihres wohlhabendsten Teils) am Nationaleinkommen in den Jahren 1960-1970 von 54,4 auf 64,1 Prozent gestiegen ist. Entsprechend verringerte sich der

Anteil der restlichen 80 Prozent der Bevölkerung. Der Prozeß der Konzentration der Einkommen wird noch offensichtlicher, wenn man berücksichtigt, daß ein Prozent der Bevölkerung (ihr reichster Teil) sich in der gegenwärtigen Zeit mehr als 17 Prozent des Nationaleinkommens aneignet, während auf den Anteil von 50 Prozent (der Ärmsten) nur 13,7 Prozent entfallen. Bei den armseligen Einkommen der Hälfte der Landesbevölkerung ist diese praktisch der Möglichkeit beraubt, die allernotwendigsten Waren zu kaufen.



Brasilien unterhält heute die stärkste und bestausgerüstete Armee Lateinamerikas.

Die brasilianischen Führer und die ihnen dienstbare Presse preisen in allen Tonarten die "Erfolge" ihrer Politik, um unter breiten Schichten der Bevölkerung nationalistische Gefühle zu züchten und damit die Unzufriedenheit mit der Zunahme der Ausbeutung und Armut zu dämpfen, die wachsende Unterordnung des Landes unter die ausländischen Monopole zu tarnen. Gleichzeitig verstärkt sich das Wettrüsten, das als schwere Bürde auf den Schultern der Werktätigen lastet.

#### **Der brasilianische 'Subimperialismus'**

Die Nachrichtenagentur Latin teilte kürzlich mit, daß die militärischen Ausgaben in den lateinamerikanischen Ländern in den Jahren 1960-1970 insgesamt um etwas mehr als 100 Prozent gestiegen sind (von 1,4 auf 2,9 Md. Dollar). In Brasilien erhöhten sie sich um 338 Prozent. <sup>6)</sup>

Nach den Worten des "Journal do Brasil" wird Brasilien in den nächsten fünf Jahren zu einem Land mit der größten und von allen am besten ausgerüsteten Kriegsflotte Lateinamerikas werden, das Niveau solcher europäischer Länder wie Italien erreichen. <sup>7)</sup>

Ganz offensichtlich stellt der brasilianische Faschismus eine Gefahr nicht nur für das Volk unseres Landes dar. Das ist eine Bedrohung der Sicherheit auch der Nachbarvölker. Die Diktatur, die verhindern will, daß die sich in Lateinamerika entwickelnde anti-imperialistische Bewegung und nationale Befreiungsbewegung einen positiven Widerhall in Brasilien findet, versucht, unsere Partei zu isolieren und gleichzeitig die Nachbarstaaten mit dem faschistischen Gift zu infizieren. Sie gewährt ihnen Kredite, bietet den Abschluß wirtschaftlicher und kultureller Abkommen an, doch gleichzeitig fördert und unterstützt sie die reaktionärsten Kräfte innerhalb dieser Länder. Wo das gelingt, greift die Diktatur zur militärisch-politischen Einmischung. Im August förderte sie den Sturz der Regierung des Generals Torres in Bolivien, in diesem Jahre unterstützte sie den Staatstreich Bordaberrys in Uruguay. Heute applaudiert sie den chilenischen Putschisten.

Ebendeswegen schlagen die fortschrittlichen Kräfte der lateinamerikanischen Länder Alarm, entlarven sie die Diktatur, sprechen sie vom brasilianischen "Subimperialismus", rufen sie die lateinamerikanischen Völker zum Zusammenschluß auf, um sie gegen den Expansionismus und die Aggressivität der Regierung Brasiliens zu verteidigen.

#### **Aufgaben der Kommunistischen Partei**

Seit dem Putsch von 1964 trotzen die brasilianischen Kommunisten dem Angriff der Reaktion, der es gelang, den Parteiorganisationen der Brasilianischen Kommunistischen Partei einige Schläge zu versetzen. Die Führer und Mitglieder der Partei sind ständig polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Viele von ihnen sind zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, von der Verhaftung bedroht. Dennoch ist die Brasilianische Kommunistische Partei eine organisierte und im Maßstab des ganzen Landes aktiv tätige Partei.

Die Kommunisten gehen davon aus, daß der Militärputsch zur Veränderung des politischen Regimes geführt hat und daß im Lande eine neue Situation entstanden ist, die es erfordert, alle demokratischen und patriotischen Kräfte, alle mehr oder weniger aktiven Strömungen gegen die Diktatur - unabhängig von ihren ideologischen Positionen - zusammenzuschließen.

Diese politische Orientierung war auf dem VI. Parteitag der Brasilianischen Kommunistischen Partei (Dezember 1967) bestätigt worden. Der Parteitag unterstrich den national-

demokratischen Charakter der Revolution in Brasilien in der gegenwärtigen Etappe und stellte als taktische Hauptaufgabe unter den gegenwärtigen Bedingungen die Mobilisierung, Vereinigung, Organisierung der Arbeiterklasse und anderer patriotischer, demokratischer Kräfte zum Kampf gegen das Diktaturregime, für seinen Sturz und die Eroberung demokratischer Freiheiten.<sup>8)</sup>

### Schaffung einer Einheitsfront

Die Unzufriedenheit mit der Diktatur wird allgemein, erfaßt verschiedene Klassen und Schichten der Gesellschaft. Immer spürbarer wird die Empörung des Volkes über die jähe Teuerung, das zunehmende Elend der Werktätigen. Die Ereignisse der letzten Monate zerstreuten die Illusionen einiger Bevölkerungsschichten hinsichtlich der Möglichkeit demokratischer Zugeständnisse seitens der Diktatur: Die herrschende Militärgruppierung stellte einen "Gorilla"-General als Nachfolger für den jetzigen Diktator auf.

In unserer Arbeit zur Schaffung einer Einheitsfront bemühen wir uns, die einzelnen Aktionen der Masse auf den verschiedensten Ebenen in organisierten Widerstand, Opposition und Kampf gegen das Regime umzuwandeln. Dabei stützen wir uns auf die Weisungen des VI. Parteitages der Brasilianischen Kommunistischen Partei, wonach der Prozeß der Isolierung und Zerschlagung der Diktatur die Entwicklung des Massenkampfes und der Aktionseinheit voraussetzt.

Ogleich sich die Kräfte der Diktaturgegner in den letzten Jahren schneller sammeln, ist im Lande noch kein Aufschwung der Massenbewegung zu beobachten. Die politischen Strömungen, die sich gegen die Diktatur wenden, sind noch zersplittert. Jedoch erstarkt die Gewerkschaftsbewegung des Proletariats, festigt sich die Organisiertheit der Werktätigen des Dorfes. Die Diktatur konnte sich keine Stütze in den Massen schaffen und stößt bei den Werktätigen, der Studentenschaft, der Intelligenz wie auch der Mehrheit der katholischen Geistlichkeit auf wachsenden Widerstand und Opposition. Aus dem Munde der Bischöfe äußern die Klerikalen immer deutlicher ihre Opposition zum Regime. Spezifische Formen des Protestes gegen Repressalien nutzend, versetzen sie dem Regime empfindliche Schläge.

So nimmt die Labilität der Diktatur zu. Immer augenscheinlicher werden ihre inneren Widersprüche, die selbst in der Regierung zu beobachten sind.



Steckbriefe von Widerstandskämpfern

### Chile und die Perspektive Lateinamerikas

Der Kampf des brasilianischen Volkes gegen die faschistische Diktatur ist ein Bestandteil des Kampfes aller lateinamerikanischen Völker gegen die imperialistische Unterdrückung, für volle nationale Befreiung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Das ist ein harter, schwerer Kampf gegen einen grausamen, erbarmungslosen Feind, der zu jedem Verbrechen fähig ist, wovon die Ereignisse der jüngsten Zeit zeugen.

Der Militärputsch in Chile ist der wütendste und blutigste von allen, die jemals in Lateinamerika stattgefunden haben. Er zeugt von den verzweifelten Versuchen des Yankee-Imperialismus, mit Hilfe der reaktionärsten Kräfte innerhalb unserer Länder den revolutionären Prozeß auf dem Kontinent durch Ermordung von vielen Tausenden Werktätigen und durch blutigen Terror aufzuhalten.

Doch die Errungenschaften der lateinamerikanischen Völker sind nicht umkehrbar. Die tiefgreifenden Umgestaltungen, die die Regierung der Unidad Popular in Chile in drei Jahren vorgenommen hat, eröffneten der nationalen Befreiungsrevolution auf dem Kontinent einen neuen Weg. Präsident Allende ist nicht umsonst gefallen. Die Verbrechen der chilenischen Reaktion lösen allgemeine Empörung aus. Gleichzeitig festigt sich die Solidarität unserer Völker, die Geschlossenheit aller anti-imperialistischen Kräfte.

Die Unterstützung des Kampfes des chilenischen Volkes und die Solidarität mit ihm ist oberste Pflicht der demokratischen Kräfte. Um den Imperialismus zu zerschlagen, muß man auch die kubanische Revolution fest unterstützen ebenso wie die patriotischen Regie-

rungen Perus und Panamas, den Kampf der Völker anderer Länder des Kontinents, darunter des brasilianischen Volkes, das von der faschistischen Diktatur, dem wichtigsten Handlanger des USA-Imperialismus inmitten Lateinamerikas, unterdrückt wird.

Anmerkungen:

- 1) "Estado de São Paulo", 10. November 1966
- 2) "Voz Operária", Januar 1966
- 3) "Jornal do Brasil", 20. November 1966
- 4) "Estado de São Paulo", 7. Juli 1972
- 5) "Opinião", 6. November 1972
- 6) Ebenda, 4. Dezember 1972
- 7) vgl. "Jornal do Brasil", 22. Oktober 1972
- 8) vgl. L. C. Prestes: Die politische Linie und Taktik der brasilianischen Kommunisten unter den neuen Bedingungen; in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (PFS), Prag, Heft 6/1968

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 11, Prag, 1973, S. 1496-1501)



Erzbischof Helder Camara zählt zu den bekanntesten Persönlichkeiten der kirchlichen Opposition in Brasilien.

ANZEIGE :

SÜDAFRIKA-BROSCHÜRE des ASK :

# Gegen Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika

**Aus dem Inhalt :**

1. Zur Geschichte Südafrikas bis zur Gründung der Republik Südafrika 1961
2. Das System der Apartheid
3. Die Interessen des Auslandskapitals
4. Die Gendarmenrolle der RSA und die Unterstützung des „Weißen Blocks“ durch die NATO-Staaten
5. Der nationale Befreiungskampf im Süden Afrikas  
Republik Südafrika: ANC  
Namibia: SWAPO  
Zimbabwe: ZAPU  
Die Rolle der südafrikanischen Befreiungsbewegung in der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung
6. Entwicklung und Aufgaben der Solidaritätsbewegung

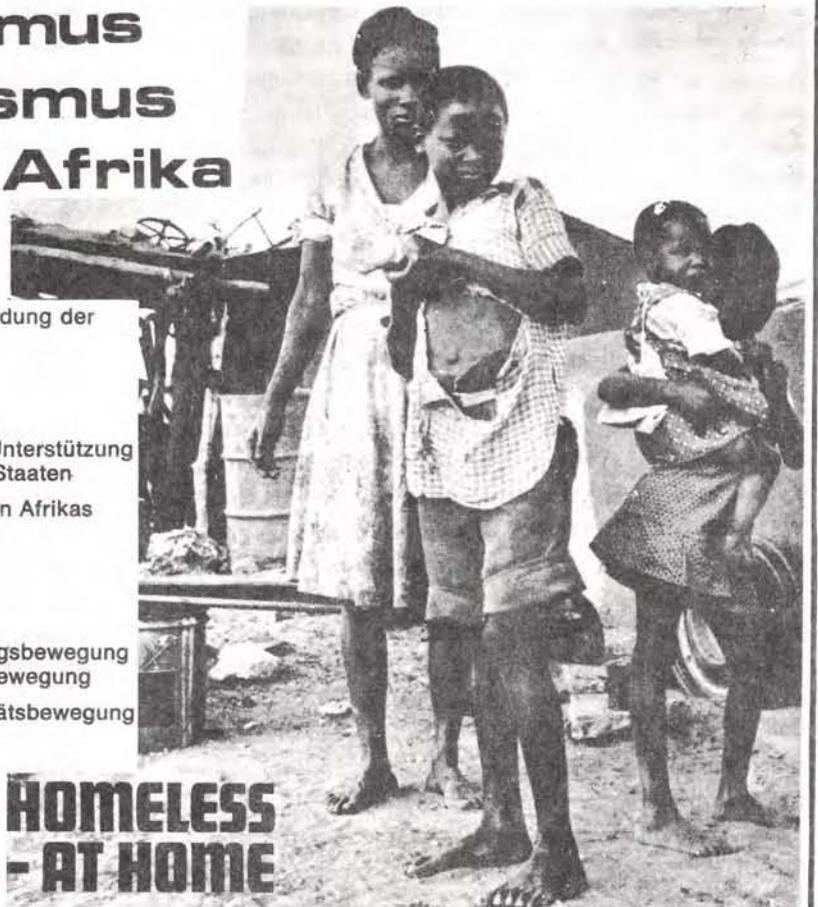
Dokumentenanhang

**Umfang: 56 S.**  
**Preis: 4 DM**

**Bestellungen an :**

**HOMELESS  
- AT HOME**

**Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK)  
6 Frankfurt/M., Eichwaldstr. 32**



# Oman / Arabischer Golf

Wolfram Bröner

## Ausgangsbedingungen und Stand des Befreiungskampfes in Oman und der Provinz Dhofar

Seit 1891 unterstand das Sultanat Maskat und Oman der britischen Kolonialherrschaft, Oman umfaßt ein Territorium von 300.000 km<sup>2</sup> und zählt heute 750.000 Einwohner. Der gebirgige südwestliche Landesteil, die Provinz Dhofar, macht rund ein Drittel der Gesamtfläche wie der Bevölkerung Omans aus.

Unter der feudalaristokratischen, tyrannischen Herrschaft der osmanischen Sultane und ihrer britischen Verwalter wurde jede Entwicklung der Produktivkräfte unterbunden. Industriebetriebe oder Mechanisierungsvorhaben gab es mit Ausnahme der Niederlassungen des britischen Ölmonopols Shell bis 1970 so gut wie überhaupt nicht. Primitivste Stammesstrukturen, feudale Grundherrschaft, Sklaverei, Ansätze einfacher Warenproduktion und viehzüchtende Nomaden bestehen nebeneinander. Rund 80% der Bevölkerung Omans setzen sich aus armen Bauern, Land- und Bauarbeitern, Nomaden und Fischern zusammen. Der herrschende Feudaladel (Emire, Sultane, religiöse Würdenträger)

erpreßt höchste Steuerabgaben, erhält mittelalterliche Zollschränken zwischen den Provinzen aufrecht, bereichert sich am Sklaven- und Menschenhandel, enthält der armen Bevölkerung jegliche medizinische Versorgung vor, konserviert eine Analphabetenrate von 95% (1969) und versagt dem omanischen Volk jegliche politischen Rechte und Freiheiten.

Auch nach der Palastrevolte vom Juli 1970, bei der Sultan Said von seinem Sohn Quabus abgelöst wurde, hat sich trotz einiger Scheinreformen Quabus (Bewässerungs- und Energieprojekte, einige Schulen und Krankenhäuser) grundsätzlich nichts an der Lage der Masse des omanischen Volkes geändert. Und: Das Sultanat Oman blieb faktisch britisches Protektorat.

Gegen den britischen Imperialismus und seine lokalen Verbündeten organisierte sich 1964 die Widerstandsbewegung "Befreiungsfront von Dhofar" (LFD), die im Juni 1965 den bewaffne-



ten Kampf in der Provinz Dhofar aufnahm. In-  
dessen machten ihre Namensgebung und ihre  
zentrale Forderung nach einem "Unabhängigen  
Dhofar" nationalistisch-separatistische Züge  
sichtbar.

Der 2. Kongreß der Befreiungsfront im Sep-  
tember 1968 brachte eine Abkehr von diesen  
separatistischen Vorstellungen, was sich in  
der Umbenennung in "Volksfront für die Be-  
freiung des besetzten arabischen Golfes"  
(PFLAG) widerspiegelte. Die Volksfront stell-  
te sich als zentrale Aufgaben u.a.:

- den Aufbau einer Volksbefreiungsarmee und  
einer Volksmiliz,
- die Befreiung der Landarbeiter und armen  
Bauern von der feudalen Abhängigkeit sowie  
die kollektive Organisierung der Landwirt-  
schaft,
- die Abschaffung der Sklaverei und die  
Gleichberechtigung der Frauen,
- die Organisierung einer Alphabetisierungs-  
kampagne, und
- den Zusammenschluß aller patriotischen  
Massenorganisationen bzw. antiimperialisti-  
schen Kräfte in Oman und am Arabischen  
Golf.

Mit der Machtergreifung des linken Flügels  
der südjemenitischen Nationalen Befreiungs-  
front 1969 in der VDR Jemen fand die Befrei-  
ungsbewegung Omans im benachbarten Südjemen  
einen großen Rückhalt.

Im Juni 1970 eröffnete die "Nationale Demo-  
kratische Front für die Befreiung Omans und  
des besetzten Arabischen Golfes" (NDFLOAG)  
in den nördlichen Gebieten Omans den politi-  
schen und militärischen Widerstandskampf.

Auf dem 3. Kongreß der Befreiungsfront  
PFLAG im Juni 1971 wurde die Bildung von  
Volksräten und die Überführung des Bodens in  
Gemeineigentum in allen befreiten Gebieten  
beschlossen sowie die Notwendigkeit der Ver-  
einigung aller patriotischen Kräfte des Ara-  
bischen Golfes als vordringliche Aufgabe for-  
muliert. Der Kongreß definierte die gegen-  
wärtige Etappe des Kampfes als nationale, de-  
mokratische Revolution, deren Ziel - unter  
Führung der arbeitenden und armen Massen -  
die Errichtung einer demokratischen Volks-  
herrschaft ist. Als 'Hauptfeinde der Revolu-  
tion' bestimmte die PFLAG die internationalen  
Monopole und die mit dem Imperialismus kolla-  
borierende Feudalaristokratie, Großgrundbe-  
sitzer und Kompradorenbourgeoisie, während  
die städtische und ländliche Kleinbourgeoisie  
als 'Verbündete der Revolution' genannt  
wurde.



Auf der Grundlage dieses politischen Pro-  
gramms kam es im Dezember 1971 zur Vereini-  
gung der beiden Befreiungsorganisationen  
PFLAG und NDFLOAG, damit zur Konstituierung

der "Volksfront zur Befreiung Omans und des  
Arabischen Golfes" - PFLOAG.  
Die von der PFLOAG bislang errungenen Erfolge  
sind beachtlich:  
So wurden über 90% der Provinz Dhofar befreit.  
Die landwirtschaftlichen Erträge konnten in  
den von der PFLOAG kontrollierten Gebieten  
seit 1970 nahezu verdoppelt werden, 75% aller  
Mitglieder der Volksbefreiungsarmee und der  
Volksmilizen sind heute alphabetisiert. Die  
PFLOAG errichtete in den befreiten Gebieten  
Schulen, Krankenhäuser und ein System der be-  
weglichen medizinischen Betreuung. Infolge  
der militärischen Siege der Volksfront mußten  
die britischen Ölmonopole im Süden Omans ihre  
Erdölförderung einstellen.

Großbritannien versuchte dem einerseits  
1971 mit der formalen Gewährung der Unabhän-  
gigkeit für das Sultanat zu begegnen, ande-  
rerseits mit einem Liquidationsfeldzug Ende  
1971 gegen die befreiten Gebiete, vor allem  
durch massive Luftangriffe unter Einsatz von  
Brandbomben und Giftgas. Gestützt auf ein um-  
fangreiches militärisches Aufrüstungsprogramm  
der USA greifen seit 1972 neben britischen  
Offizieren und Soldaten auch saudiarabische  
und jordanische Truppen, seit 1973 zudem ira-  
nische Streitkräfte in den Krieg gegen die  
omanische Befreiungsbewegung ein.

Dies bestätigten in jüngster Zeit auch ei-  
ne Reihe bürgerlicher Presseorgane.

So die "Welt" am 10.1.1974:

"Die Truppen des Sultans sind 6.000 Mann  
stark, ... die Offiziere sind Jordanier und  
Britten".

Im Zusammenhang mit der Invasion von ca.  
3.000 iranischen Söldnern Ende 1973 in der  
Nähe von Salalah in Dhofar schrieb die Lon-  
doner "Times" vom 12.1.1974:

"In den letzten Monaten hat der Iran seine  
Militärhilfe an den Sultan von Oman mehr als  
verdoppelt. 3 Bataillone der iranischen Eli-  
tespezialtruppen ..., unterstützt von 30 Trup-  
pentransport-Flugzeugen und Kanonenbooten  
stehen im Einsatz gegen die Kräfte der Volks-  
befreiungsfront von Oman. Auch ... hat die  
VDR Südjemen festgestellt, daß die Spezial-  
truppen des Schah nicht nur eine Rolle im  
Krieg in Dhofar spielen, sondern auch auf süd-  
jemenitisches Gebiet eingedrungen sind".

Bereits im Mai 1973 hatte sich der irani-  
sche Schah zum "Wächter und Beschützer" der  
westlichen Ölinteressen am Arabischen Golf  
erklärt (FAZ, 15.5.1973).

Am 10.1.1974 berichtete die "Welt", daß  
sich der "Krieg" in Oman "in den letzten Wo-  
chen verschärft (hat)". Der Einsatz moderner  
Waffen zeigt eine Eskalation. Jagdbomber mit  
britischen Piloten greifen die Versorgungs-  
karawanen der Aufständischen aus der Luft an.  
Doch die Rebellen jetzt schon die leicht-  
testen Flugabwehrrakete SAM-7, die von der Schul-  
ter aus abzufeuern ist".

Die revolutionären Volksstreitkräfte der  
PFLOAG bzw. des Südjemen schlugen jedoch alle  
Angriffsoperationen der imperialistischen  
und regionalen Reaktion erfolgreich zurück.

Die nachfolgende Rede der PFLOAG-Delega-  
tion auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte  
gibt Aufschluß über den Charakter der Kämpfe  
im Süden der arabischen Halbinsel sowie über  
die Programmatik und Ziele der nationalen Be-  
freiungsbewegung in Oman und am Golf.

# Rede auf dem Weltkongress der Friedenskräfte

(...) Das Zusammentreten eines solchen historischen Kongresses ereignet sich zu einer Zeit, da sich die Völker der Welt zwei Erscheinungen gegenüber sehen, die sich ergänzen und von grundlegender Bedeutung für die Durchsetzung von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt sind.

1. Eine Haltung in den Beziehungen zwischen den Ländern verschiedener sozialer Systeme, die gekennzeichnet ist durch Koexistenz, Ächtung des Gebrauchs von Gewalt, Verringerung der Spannungen, Auflösung der Militär-Pakte, Veränderungen in den internationalen Beziehungen und die Verstärkung des kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs zwischen den Völkern. Eine Politik, die den Eckstein der Politik des sozialistischen Lagers und der Sowjetunion bildete seit der Errichtung des ersten sozialistischen Staates der Welt.

Diese Politik zielt grundsätzlich darauf ab die Kriegsgewinnler im kapitalistischen Lager, die Falschheit der Feinde des Friedens und der Gerechtigkeit und die Verleumder der Errungenschaften der sozialistischen Völker bloßzustellen; wie auch darauf, das Tor weit aufzustoßen für alle Völker, damit auch sie das Ziel des Sozialismus verwirklichen können.

2. Der Kampf der kolonisierten und halbkolonisierten Völker für nationale Unabhängigkeit und Befreiung von den modernen Kontrollmechanismen des Imperialismus, die geheime, bösartige und vielfältige Formen angenommen haben und gefährlicher sind als die Methoden des alten Kolonialismus. Darüber hinaus kämpfen viele Völker um die Konsolidierung ihrer nationalen Unabhängigkeit, indem sie einen Weg der ökonomischen Entwicklung einschlagen, der eine Absage an den kapitalistischen Entwicklungsweg darstellt - in Zusammenarbeit und mit der Unterstützung des sozialistischen Lagers.

Diese beiden Grundhaltungen werden letztlich den Wunsch der Menschheit nach einem dauerhaften und gerechten Frieden verwirklichen. Denn es gibt keinen Frieden ohne Beendigung der Kriege und der Interventionspolitik von Imperialismus und Reaktion, und es gibt keinen Frieden ohne Beseitigung des Einflusses der Monopole und der militärischen Stützpunkte und Pakte.



Britischer Luftwaffenstützpunkt in Oman.

## Revolutionärer Befreiungskampf in Oman und am Arabischen Golf

Unter diesen Vorzeichen führt unser Volk in Oman und dem Arabischen Golf jetzt einen bewaffneten revolutionären Kampf in der Südregion von Oman (Dhofar) und organisiert eine aktive nationale Bewegung im ganzen Land mit dem Ziel der Erringung einer echten Unabhängigkeit für unser Volk und der Vereinigung unserer Heimat, die von den britischen Kolonialisten aufgeteilt und zerstückelt wurde. Die Augen der ganzen Welt sind heute auf die Region des arabischen Golfes gerichtet - insbesondere aus folgenden Gründen:

1. Das Becken des arabischen Golfes ist das größte Ölreservoir der Welt und enthält 60% der Welterdölreserven zu einer Zeit, da die Ölressourcen im Schwinden begriffen sind und der Bedarf nach Öl in erstaunlicher Weise ansteigt. Wenn wir das Öl erwähnen, dann müssen wir auch die riesigen Ölmonopole erwähnen, die die Politik der imperialistischen Länder bestimmen.

2. Es gibt eine aktive nationale Bewegung in einem Gebiet, in dem der Imperialismus lebenswichtige Interessen hat, auf welche er nicht friedfertig verzichten will.



In den von der PFLOAG befreiten Gebieten erhalten die Kinder von Bauern und Nomaden erstmals die Möglichkeit, lesen und schreiben zu lernen.

### **Politische Ziele der PFLOAG**

Die nationale Bewegung von Oman und dem arabischen Golf, die von der Volksfront (PFLOAG) geführt wird, strebt nicht nach einer Unabhängigkeit, deren Früchte auf Kosten des Volkes mit den Monopolisten geteilt werden müssen. Sie akzeptiert keine Scheinunabhängigkeit und kolonialen Einrichtungen, die nichts anderes als Werkzeuge in den Händen der Monopole sind, um ihre niederträchtige Ausbeutung unseres Landes zu verschleiern. Vielmehr betreibt die PFLOAG die wirkliche Befreiung unseres Landes von allen Formen der imperialistischen Kontrolle, den Aufbau unseres Landes auf einem neuen nationalen und demokratischen Wege sowie den Abbruch der Verbindungen mit den imperialistischen Staaten und den kapitalistischen Monopolen, die uns aufgezwungen wurden.

### **Aggressionskrieg des Imperialismus**

Es ist natürlich, daß Imperialismus und Reaktion gegen die Revolution unseres Volkes mit aller Härte vorgehen und die schändlichsten Methoden anwenden, um die nationale Bewegung zu zerschlagen.

Der bewaffneten Revolution in Dhofar im Juni 1965 und den anderen bewaffneten Erhebungen - so der Erhebung von Jebel al-Akhdhar 1955-57 und der Erhebung vom 12. Juni 1970 - wurde mit Härte und Grausamkeit begegnet. Ein Krieg wurde mit dem Ziel entfacht, alles zu verbrennen und zu zerstören.

1. Großbritannien führt einen Aggressionskrieg gegen unser Volk. Dieser Krieg wird durch den US-Imperialismus unterstützt, der ihn hinter den Kulissen steuert. Darüber hin-

aus sorgten die USA dafür, daß ihre Parteigänger in dieser Region hinter den reaktionären Regimes des Iran, Saudi Arabiens und Jordaniens stehen. Diese Länder mischen sich direkt in die Angelegenheiten unseres Landes ein und beteiligen sich an diesem schmutzigen Krieg. Diese Regimes nehmen teil an der Ausplünderung unseres Landes. Der Iran hat widerrechtlich Inseln von Oman besetzt und Angriffsbasen auf Abu Massa und den Hallaniyat Inseln errichtet.

2. Der Imperialismus etablierte schwache staatliche Institutionen, um so die politische Zersplitterung in unserem Land und die imperialistische Kontrolle als Hebel zu nutzen, um die skrupellose Ausbeutung der Reichtümer unseres Volkes zu forcieren und unser Land als Stützpunkt für die amerikanischen und britischen Militärbasen, Armeen und Flotten zu sichern, die eine direkte Bedrohung für die Unabhängigkeit und Sicherheit der Arabischen Völker und der Völker der Welt bedeuten.

### **Solidarität mit den arabischen Völkern**

Britische Flugzeuge, die von Stützpunkten in Oman aus starten, fliegen dauernde Angriffe gegen das Territorium der Demokratischen Volksrepublik Jemen (VDRJ); weil die VDRJ eine feste Haltung unserem Volk gegenüber und seinem Recht auf Befreiung der Heimat einnimmt. Darüber hinaus wird von Israel ein aggressiver Krieg gegen Syrien und Ägypten geführt. Hier wurde die rückhaltlose Unterstützung des US-Imperialismus für die israelischen Aggressoren und die Nutzung seiner Militärbä-

sen zur Versorgung Israels mit Waffen und Material enthüllt. Und es gibt keinen Zweifel daran, daß die amerikanischen Basen auf der Arabischen Halbinsel und am Golf zur Unterstützung der israelischen Aggression genutzt wurden.

Wir ergreifen die Gelegenheit, um unsere volle Solidarität und Unterstützung für Ägypten und Syrien in ihrem natürlichen Recht auf Wiedererlangung der okkupierten Gebiete zu erklären. Wir bekunden zugleich unsere Solidarität mit der palästinensischen Widerstandsbewegung, die der einzige Repräsentant des palästinensischen Volkes in seinem gerechten Kampf zur Wiedererlangung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf seine Heimat ist, der die Unterstützung aller friedliebenden und gerechtigkeitsliebenden Völker und Kräfte in der Welt finden muß.

Wir rufen außerdem zur Verurteilung der aggressiven Politik des amerikanischen Imperialismus und des reaktionären Regimes von Saudi Arabien auf, die in Zusammenarbeit mit den reaktionären Kräften in Nordjemen Saudi Arabien zu einer Festung und einem Stützpunkt für Verschwörungen und Aggressionen gegen das Volk in Südjemen ausbauen. Wir rufen ferner zur Unterstützung der nationalen Kräfte auf, die für die Beendigung solcher Einmischungen kämpfen und dafür, daß das Volk des Jemen frei seine Heimat aufbauen und seine Vereinigung in friedlicher Weise verwirklichen kann.

**Solidarisch mit Chile, Vietnam und Guinea-Bissau**

Wir rufen den Kongreß außerdem auf, seine feste Unterstützung für das chilenische Volk zu manifestieren, das gegen die faschistische Marionettenclique des amerikanischen Imperialismus kämpft, die auf diesem Kongreß verurteilt werden muß. Wir rufen den Kongreß außerdem auf, die Provisorische Revolutionäre Regierung von Südvietnam in ihren ehrlichen Bemühungen, das Pariser Abkommen zu erfüllen, zu unterstützen und die Aggressionsakte, die vom Saigoner Marionetten-Regime verübt werden, und dessen offene Verstöße gegen das Pariser Abkommen zu verurteilen.

Die Unabhängigkeitserklärung von Guinea-Bissau können wir nur begrüßen und rufen alle auf diesem Kongreß vertretenen Länder auf, die Regierung anzuerkennen und zu unterstützen, bis Guinea-Bissau vom portugiesischen Kolonialismus vollständig befreit ist.

Wir rufen weiter auf zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, um die kolonialistische Anwesen-

heit hinwegzufegen und die Unabhängigkeit und Freiheit von imperialistischer Vorherrschaft zu stärken.

Wir appellieren an alle Kräfte des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt, den Kampf unseres Volkes für Unabhängigkeit und Freiheit zu unterstützen, der ein Kampf für Frieden und Gerechtigkeit und für die Verwandlung des Arabischen Golfes in eine Region des Friedens ist.

Lang lebe der Kampf der Völker für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit.

Lang lebe der Weltkongreß der Friedenskräfte.

Lang lebe das sozialistische Lager als ein Bollwerk der Kräfte des Friedens und der Gerechtigkeit.

(Quelle: Rede der Delegation der "Volksfront zur Befreiung Omans und des Arabischen Golfes", Dokumente des Weltkongresses der Friedenskräfte, Moskau, Oktober 1973)



ANZEIGE:

## DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie  
und Sozialwissenschaften

---

<p><b>Dies sind einige unserer derzeitigen Themen:</b></p> <p>Streitfragen materialistischer Dialektik (u. a. Widerspiegelungs-Diskussion)</p> <p>Soziale Medizin</p> <p>Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung</p> <p>Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien</p> <p>Naturwissenschaft und Gesellschaft</p> <p>Sozialstruktur und gesellschaftlicher Zusammenhalt der USA und der BRD</p> <p>Die Gestalt des Bürgers in Literatur und Sozialgeschichte</p> <p><b>Dies sind einige der Themen, die wir in 15 ARGUMENT-Jahrgängen erschlossen haben und kontinuierlich weiterverfolgen:</b></p> <p>Sexualität und Herrschaft</p> <p>Emanzipation der Frau</p> <p>Massenmedien und Manipulation</p> <p>Probleme der Ästhetik</p> <p>Warenästhetik</p> <p>Schule und Erziehung</p> <p>Theorien über den Faschismus</p> <p>Probleme der Entwicklungsländer</p> <p>Politische Ökonomie des Imperialismus</p> <p>Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie des Sozialismus</p>	<p>Wissenschaft als Politik</p> <p>Städtebau im Kapitalismus</p> <p>Kalter Krieg und Antikommunismus</p> <p>Kritik der bürgerlichen Germanistik</p> <p>Kritik der bürgerlichen Medizin</p> <p>Argumente für eine soziale Medizin</p> <p>Sozialstruktur und Klassenbewußtsein</p> <p>Geschichte und Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung</p> <p>Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft</p> <p>Probleme der Produktivkraftmessung</p> <hr/> <p>Unabhängig vom jeweiligen Heftthema bringt DAS ARGUMENT kontinuierlich zu allen diesen Gebieten Hunderte von Rezensionen in jedem Jahrgang.</p> <hr/> <p>Die früheren Jahrgänge werden immer wieder von neuem aufgelegt.</p> <hr/> <p>Bestellen Sie das Verzeichnis der erschienenen Titel, Abonnementsbedingungen und/oder Probeheft beim</p> <p><b>Argument-Verlag</b> 75 Karlsruhe 21 Postfach 21 0730</p>
--	---

# AAPSO

Vom 24. - 27. März tagte in Bagdad (Irak) zum elften Mal die Ratsversammlung der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO). Das AIB wird die Tagung zum Anlaß nehmen, um in seiner Mai-Ausgabe diese für den antiimperialistischen Kampf der Völker Afrikas und Asiens wichtige, bei uns jedoch noch weitgehend unbekannt Organisation vorzustellen. An dieser Stelle veröffentlichen wir zunächst einen kurzen Bericht über Ablauf und Ergebnisse der XI. Ratstagung, an der auch ein Vertreter des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees aus der Bundesrepublik teilnahm. Es folgt ein Auszug aus dem Schlußdokument der Tagung.

**Peter Dietzel**

## XI. Ratstagung der AAPSO in Bagdad

Die Teilnehmerliste der XI. Ratstagung der AAPSO weist 235 Delegierte aus 61 Ländern und von 19 zumeist internationalen Organisationen aus.

Unter ihnen befanden sich zahlreiche Vertreter der Befreiungsorganisationen des südlichen Afrika, aus Angola, Guinea-Bissau und Moçambique, aus Eritrea und dem Arabischen Golf, Vertreter des palästinensischen Widerstandes und der kämpfenden Völker Indochinas. Aus einer Reihe fortschrittlicher junger Nationalstaaten waren Repräsentanten gesellschaftlicher Organisationen anwesend sowie Vertreter von Regierungsparteien ihrer Länder. Als Mitglieder der AAPSO bilden sie ein Bündnis antiimperialistischer Kräfte, das in seinen Reihen fortschrittliche Nationalisten, revolutionäre Demokraten, sozialistische und kommunistische Kräfte vereinigt.

Die sozialistischen Länder Europas, die ebenfalls durch Delegationen ihrer Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees vertreten waren, haben - im Gegensatz zur Sowjetunion, die als "asiatische Macht" Vollmitglied der AAPSO ist, - lediglich den Status von assoziierten Mitgliedern. Erstaunlich gering hingegen war die Zahl der Beobachter aus den imperialistischen Ländern: Lediglich aus Japan, Finnland, Großbritannien und der Bundesrepublik waren Vertreter nationaler Solidaritätskomitees entsandt worden.

Das Gastland der Konferenz, der Irak, bot durch die fortschrittliche Entwicklung, die das Land seit 1968 genommen hat, überaus günstige Bedingungen für die Durchführung der Ratstagung in seiner Hauptstadt Bagdad.

Nicht von ungefähr nahmen gerade in den letzten Wochen die Versuche imperialistischer Kräfte zu, mit Hilfe des reaktionären Schah-Regimes im Iran, durch bewaffnete Provokationen im Grenzgebiet und mit der Unterstützung reaktionär-nationalistischer und separatisti-



Ahmed Hassan El Bakr, Staatspräsident des Irak, bei seiner Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Ratstagung. Rechts: Youssef El Sebal, Generalsekretär der AAPSO.

scher Kräfte innerhalb der kurdischen Minderheit, den Prozeß der irakischen Revolution aufzuhalten. Es sind diese Manöver des Imperialismus, auf die der Staatspräsident des Irak, Ahmed Hassan El Bakr, in seiner Begrüßungsansprache zur Eröffnung der Ratstagung hinwies: "Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die Kolonialisten und ihre Agenten die Festigung der kämpferischen Bindungen unter den Söhnen des irakischen Volkes mit scheelen Augen betrachten, was ihre Versuche erklärt, uns Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg zu legen, um die Einheit des inneren Staatsgefüges zu durchlöchern."

### Themen und Ergebnisse der Konferenz

Die Aufgaben der Konferenz, die traditionsgemäß unter der Präsidentschaft des gastgebenden Solidaritätskomitees stand und von Aziz Sherif, Staatsminister des Irak, geleitet wurde, waren in zwölf Tagesordnungspunkten zusammengefaßt, die die brennendsten Probleme

des antiimperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas berührten: Die Liquidation des Restkolonialismus und des Rassismus in Afrika, die Hilfe für die Völker Indochinas, Chiles und Palästinas gegen imperialistische Aggression und Unterdrückung, Probleme der Einheit der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung im Kampf um Frieden, wirtschaftliche Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt. Große Aufmerksamkeit wurde der Erdöl- und Energiepolitik geschenkt sowie der Notwendigkeit, nationale Rohstoffvorkommen der Ausbeutung durch ausländische Konzerne zu entziehen, um sie in den Dienst des wirtschaftlichen Aufbaus zu stellen.

Um einen dauerhaften und gesicherten Frieden in Asien zu erreichen, diskutierte die Konferenz die mit der Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit zusammenhängenden Fragen. In einer dazu eingerichteten Kommission wurde die Auflösung der Militärpakte CENTO und SEATO sowie der imperialistischen Stützpunkte am Arabischen Golf und im Indischen Ozean gefordert.

Weitere Kommissionen arbeiteten zu folgenden Themenbereichen: "Afrika", "Indochina", "Naher Osten und der Kampf der arabischen Völker", "Wirtschaftliche Unabhängigkeit, Entwicklung und sozialer Fortschritt", "Organisatorische Fragen der AAPSO". In Resolutionen wurden Einschätzungen und

Forderungen zu den aktuellen Problemen des antiimperialistischen Kampfes in den einzelnen Regionen niedergelegt. Die Kommission zu organisatorischen Fragen verabschiedete einen internationalen Aktionskalender.

Zum bewegenden Höhepunkt der Konferenz wurde eine Plenarsitzung, die im Zeichen der Solidarität mit den chilenischen Antifaschisten stand. Manuel Valdes, Repräsentant des Widerstandes von "Chile Democratico" aus Rom, gab einen ausführlichen Bericht über den faschistischen Terror, der seit einem halben Jahr in Chile regiert, und dankte für die Solidarität der Brudervölker in Afrika und Asien. Ein Vertreter der Irakischen Sozialistischen Baath Partei gab den Beschluß seiner Organisation bekannt, dem chilenischen Widerstand 100 000 Dollar zur Verfügung zu stellen. Es ist zu erwarten, daß mit der Verschärfung der antiimperialistischen Kämpfe in Lateinamerika die AAPSO sich auch verstärkt diesem Kontinent zuwenden wird.

Die solidarische Diskussion auf diesem Forum und die Einmütigkeit der verschiedensten politischen Strömungen in allen brennenden Fragen des antiimperialistischen Kampfes zeigen die zunehmende Entschlossenheit der Fortschrittskräfte in den Ländern der "Dritten Welt", in gegenseitiger solidarischer Unterstützung den Imperialismus als gemeinsamen Feind zu bekämpfen.

---

## Abschlusserklärung (Auszug):

(...) Der unnachgiebige Kampf der arabischen Völker gegen die imperialistische Aggression Israels, der die Folgen dieser Aggression beseitigen und die legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina wiederherstellen soll, um einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten zu erreichen, ist in eine entscheidende Phase getreten.

Die historischen Siege der arabischen Staaten, vor allem Ägyptens und Syriens, während des Oktober-Krieges wurden ermöglicht durch den Heldenmut ihrer Völker und Armeen, die den Kampf führten und die von den Völkern der anderen arabischen Staaten unterstützt wurden. Als Ergebnis kluger Beratungen, die eine gerechte politische Lösung ebenso wie die Stärkung des militärischen Potentials suchten, konnten die arabischen Staaten - dank der unermüdlichen und wirkungsvollen Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Län-

der für den gerechten Befreiungskampf der arabischen Völker - kampfstark auftreten.

Die Konferenz begrüßt den unbeugsamen Widerstand Syriens angesichts der imperialistischen, zionistischen und reaktionären Intrigen und Pressionen und versichert ihre Unterstützung und Solidarität, um solche Intrigen und den imperialistisch-zionistischen Plan zum Scheitern zu bringen, der Teillösungen erzwingen, den imperialistisch-zionistischen Einfluß auf dieses Gebiet verstärken und die Expansionspolitik Israels durchsetzen will.

Die Konferenz begrüßt ebenfalls den Kampf, den die Demokratische Volksrepublik Jemen gegen die imperialistischen Manöver führt.

Die XI. Konferenz des AAPSO-Rates betrachtet alle Maßnahmen, die im Hinblick auf die Truppenentflechtung der kriegführenden Länder ergriffen werden, als Teil des allgemeinen

Ziels, daß sich die israelischen Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten zurückziehen und sich die Lage im Nahen Osten normalisiert.

Die XI. Konferenz des AAPSO-Rates hebt die Bedeutung der Intensivierung der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker hervor, um noch breitere Teile der Weltöffentlichkeit für die gerechte Sache der Araber zu mobilisieren und um die aggressiven Kreise Israels auf internationaler Ebene noch mehr zu isolieren. (...)

Die palästinensische Widerstandsbewegung, die die Interessen der arabischen Volksmassen und ihren legitimen Wunsch auf Rückkehr in die Heimat und auf Selbstbestimmung im eigenen Land in Übereinstimmung mit der UN-Charta verfolgt, leistet einen wesentlichen Beitrag zum allgemeinen Kampf der arabischen Völker gegen den Zionismus, der vom Weltimperialismus, angeführt von den USA, unterstützt wird. Die PLO hat breite internationale Anerkennung als die einzige legitime Repräsentantin des arabischen Volkes von Palästina gefunden, das allein das Recht hat, über seine Zukunft zu bestimmen. Diese Anerkennung ist das Ergebnis des mutigen Kampfes der palästinensischen Patrioten gegen die Aggression.

In den letzten Jahren hat die nationale Befreiungsbewegung des Arabischen Golfes Erfolge gegen die imperialistische Politik der Aggression und des Neokolonialismus erzielt und die gegen das Volk gerichteten Pläne der reaktionären Regime dieser Region vereitelt. Sie ist

zu einer beachtenswerten Kraft geworden.

Beträchtlichen Erfolg in ihrem Kampf haben die Patrioten von Dhofar errungen, die in der "Nationalen Front für die Befreiung des Oman und des Arabischen Golfes" für die revolutionäre Umgestaltung in ihrer Heimat gegen die Kräfte der lokalen Reaktion und ihre ausländischen Helfer kämpfen. Der Befreiungskampf in den anderen Regionen der arabischen Halbinsel und des arabischen Golfes wächst weiter an.

Während Israel seine Aggression fortsetzt und imperialistische und reaktionäre Kreise versuchen, die arabische Befreiungsbewegung von ihrem schwergeprüften antiimperialistischen Weg abzubringen, schließen die Völker der arabischen Länder ihre Reihen unter der Führung der Avantgarde der Demokraten und Revolutionäre, verstärken ihre Energie und ihren Willen, indem sie tiefgreifende soziale und ökonomische Reformen durchführen und ernsthaft für ihre Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen, damit ein dauerhafter Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern dieser Region errungen werden kann.

Die Teilnehmer dieser Konferenz begrüßen die fortschrittlichen Nationalen Fronten in Syrien und Irak, die aus revolutionären und demokratischen Kräften in diesen Ländern gebildet werden; sie bringen ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß ihr Kampf in die ruhmreichen Analen der nationalen Befreiungsbewegung der Völker Asiens und Afrikas eingehen wird. (...)



Linkes Foto: Manuel Valdes, Vertreter des chilenischen Widerstandes und Mitarbeiter von Chile Democrático in Rom, berichtete über den faschistischen Terror in seiner Heimat.  
Rechtes Foto: Delegierte der Ratstagung aus Schwarzafrika während einer Verhandlungspause.

# Kurzinformation

## Äthiopien



Demonstrierende Studenten vor dem Palast des Kaisers in Addis Abeba

Der Massenkampf zur Durchsetzung demokratischer Rechte und dringender Reformen in Äthiopien dauert an. Nachdem es Kaiser Haile Selassie zunächst gelungen zu sein schien, durch die Absetzung der Regierung Wolde, die Ankündigung einer neuen Verfassung und durch Zugeständnisse an die Armee die in der Geschichte Äthiopiens einmalige Massenbewegung einzudämmen, zeigt sich heute sehr deutlich, daß sich Arbeiter, Studenten, Schüler, Soldaten und andere Klassen und Schichten des äthiopischen Volkes nicht mit 'Reform'-Versprechungen zufrieden geben.

Zur Reform der äthiopischen Verfassung von 1955 ist inzwischen eine Konferenz einberufen worden, die die Festlegung der Gewaltenteilung und die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament zum Ziel hat.

Eine fundamentale Forderung der streikenden und demonstrierenden Massen besteht darin, endlich entschieden gegen die blühende Korruption im Lande vorzugehen. Es wird die Absetzung verschiedener Generalgouverneure, die Summen in Höhe von mehreren Millionen Dollar veruntreut haben, verlangt. Mehrere Provinzgouverneure konnten sich nur durch die Flucht in die Hauptstadt Addis Abeba dem Zorn der Massen entziehen. Eine Kommission zur Untersuchung der Korruptionsvorwürfe gegen hohe Regierungsbeamte ist mittlerweile gebildet worden, auch das Parlament beschäftigte sich mit den Bestechungs- und Unterschlagungspraktiken der Provinzgouverneure.

Obwohl der neue Ministerpräsident Makonnen in verschiedenen Reden Reformen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich angekündigt hat, fürchten die Massen zu Recht, daß die reaktionären, feudalistischen Kreise Äthiopiens alles daran setzen werden, die er-

kämpften Reformen rückgängig zu machen, bzw. eine künftige fortschrittliche Entwicklung zu verhindern. Deshalb auch kommt es immer wieder zu Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks. Die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Absetzung von korrupten Regierungsbeamten und die Gewährung demokratischer Freiheiten und Rechte können nur erreicht werden durch die Wachsamkeit und den ständigen Druck der Massen, wie er sich zuletzt im erneuten Vorlesungsstreik der Studenten der Haile-Selassie-Universität, im Schulboykott von 100 000 Oberschülern, im Streik von 2 800 Arbeitern eines Goldbergwerkes und nicht zuletzt auch in der Überreichung einer Resolution äthiopischer Studenten an den Botschafter Äthiopiens in Bonn manifestierte.

Diese Kampfbereitschaft der Massen und ihr erwachendes politisches Bewußtsein sind der Garant für eine fortschrittliche Entwicklung in Äthiopien.

(Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 1.4. bis 4.4. 1974)

## Liberia / Guinea - Bissau

Liberia, das in der letzten Zeit durch ein "Liberianisierungsprogramm" versucht, seine Abhängigkeit von den USA und den EWG-Ländern zu reduzieren, hat sich auf die Seite der unabhängigen Republik Guinea-Bissau gestellt. Das wurde bei der festlichen Umbenennung eines Stadtteils der liberianischen Hauptstadt Monrovia unterstrichen, der den Namen des ermordeten Patrioten Amilcar Cabral erhielt.

Auf der Festveranstaltung, an der auch der Präsident von Guinea-Bissau, Luis Cabral, teilnahm, erklärte Liberias Präsident, William Tolbert, sein Land und Guinea-Bissau verfolgten die gleichen Ziele und führten gemeinsam den Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus.

Die Anerkennung Guinea-Bissau wird von verschiedenen Regierungen Westeuropas wie der Niederlande und der skandinavischen Länder ernsthaft in Betracht gezogen, nachdem mehr als 70 Staaten diesen Schritt schon vollzogen haben.

In der Bundesrepublik haben eine Reihe von "Dritte Welt-Gruppen", u.a. das Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, die SDAJ, das Antiimperialistische Informationsbulletin eine Unterschriftenkampagne eingeleitet, um mit Anzeigen in verschiedenen westdeutschen Tages- und Wochenzeitungen die Bundesregierung zur Anerkennung der Republik Guinea-Bissau nachdrücklich aufzufordern.

## USA - Vietnam

Vor fast genau 6 Jahren richteten US-Soldaten und -Offiziere in Son My unter der süd-vietnamesischen Dorfbevölkerung ein gnadenloses Massaker an, das - eineinhalb Jahre von den US-Militärbehörden vertuscht - schließlich doch noch ruchbar wurde und überall in der Welt Entsetzen und Abscheu hervorrief.

Für die vorsätzliche Ermordung von wenigstens 20 Vietnamesen machte man den rangniedrigsten Offizier, Oberleutnant Calley, verantwortlich. Zunächst zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, die dann auf 20 Jahre reduziert, dann auf Bewährung ausgesetzt wurde, kam Calley nach der Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 1.000 Dollar sehr schnell auf freien Fuß (Angela Davis mußte die 103fache Summe an Kaution stellen!).

Calley, der vom Gouverneur von Alabama, dem notorischen Rechtsradikalen George Wallace, und dem Vizegouverneur von Georgia, Lester Maddox, als "Sinnbild des Patriotismus" gepriesen wird, braucht sich um seine Zukunft keine Sorgen zu machen. Im Unterschied zu Zehntausenden von Kriegsgegnern, die vor ihrer Einberufung ins Ausland flüchten mußten und in absehbarer Zeit nicht auf eine Amnestie hoffen können, im Unterschied zu Zehntausenden von GIs, die nach ihrer Rückkehr aus Vietnam keine Arbeit finden konnten, hat Calley, wie sein Armeeverteidiger mitteilte, "buchstäblich Tausende von Stellenangeboten" in der Wirtschaft erhalten. Bewährte Mörder werden offenkundig nicht nur in der US-Armee gebraucht.

## Kambodscha



Vom 20. - 22. März 1974 besuchte die Repräsentantin des kambodschanischen Befreiungskampfes, Frau Poc Mona, - Mitglied der Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) in Frankreich - als Gast der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" die Bundesrepublik. In Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Presse- und Rundfunkvertretern sowie in Aussprachen mit Bundesvorstandsmitgliedern mehrerer Jugend- und Studentenverbänden, darunter Vorstandsmitglieder der Jungdemokraten, der SJD-Die Falken, der SDAJ, des VDS, Hochschulgruppen der Jungsozialisten, des SHB und des MSB-Spartakus, berichtete die GRUNK-Repräsentantin über die Situation in ihrem Land und über die Erfolge der Volksbefreiungsstreitkräfte. Dabei erläuterte sie auch die Politik ihrer Regierung und der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha. Sie würdigte die Rolle der internationalen Solidaritätsbewegung und betonte die große Bedeutung der Unterstützung im diplomatischen Kampf.

Frau Poc Mona stattete auch dem AIB einen Besuch ab und gewährte der Redaktion ein längeres Interview, welches in AIB Nr.5/1974 veröffentlicht wird.